

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Statt Brot — die Peitsche!

Winterhilfe wird sabotiert — Dafür neue Zuchthausgesetze zur Unterdrückung jeder Opposition beschlossen!

Das Reichskabinett hat am Sonnabend eine Reihe wichtiger Punkte beraten. Zur Winterhilfe konnten abschließende Entscheidungen noch nicht erzielt werden. Jedoch „wird von unterrichteten Kreisen versichert, daß man einen wesentlichen Schritt vorwärts gemacht sei“. Dieser Schritt vorwärts scheint aber nur im Negativen zu liegen, denn die Hugenberg-Pressen meldet weiter:

„Es ist jedenfalls ausgeschlossen, daß die finanziell untragbaren Beschlüsse der Reichshaushaltsausschüsse von der Reichsregierung anerkannt und berücksichtigt werden.“

Die Regierung des „sozialen Generals“ hat also auch für die bescheidensten Maßnahmen zur Linderung der fürchterlichen Misere nicht übrig. Um so energischer richtet sich die Arbeit dieses Kabinetts auf

neue Maßnahmen zur Unterdrückung der politischen Kampfmöglichkeiten der Arbeiterklasse.

Ueber diese Fragen war sich die Kabinettsitzung sehr rasch einig, denn der Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterklasse ist ja das Band, das die Vertreter der verschiedenen Interessentengruppen in der Regierung zusammenhält.

Bereits heute oder morgen soll eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten unter dem politischen Titel „zur Förderung des inneren Friedens“

herauskommen. Diese Notverordnung hat den Zweck, die verschiedenen Notverordnungen der Regierung Papen, die gleichzeitig aufgehoben werden sollen, und das Republik-schutzgesetz, das am 31. Dezember abläuft, durch wirksamere Bestimmungen zu ersetzen.

Die neue Verordnung wird verschärfte Strafbestimmungen für die Verabredung von Verbrechen gegen das Leben enthalten, sowie einen besonderen Schutz der Person des Reichspräsidenten gegen „Verleumdungen, Beschimpfungen und sonstige Angriffe“. Von noch weiterreichender Bedeutung werden aber

neue scharfe Strafbestimmungen sein gegen „Beschimpfungen und Verleumdungen der Reichswehr“, sowie ein Ausnahmegericht zur Aburteilung von Verbrechen des vollendeten Landesverrats und der Vorbereitung zum Landesverrat.

Die Regierung beschloß ferner, den sogenannten Burgfrieden nicht über den 2. Januar hinaus zu verlängern. Die damit gegebenen Möglichkeiten zu öffentlichen politischen Versammlungen sollen jedoch nur ver-suchsweise eingeräumt werden. Das Kabinett beschloß bereits eine Eventual-notverordnung, in der

„die schärfsten Maßnahmen gegen jegliche Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“

enthalten sind.

Schließlich beschäftigte sich die Kabinettsitzung auch mit der Neuregelung der Pressegesetzgebung. Die Beschränkungen der Pressefreiheit sollen auch mit der Aufhebung der Papen-Notverordnungen nicht sämtlich fallen. Vielmehr soll ein Ueber-gangs-Stadium geschaffen werden, das dann zu einer Dauerregelung der ganzen Pressegesetzgebung führen soll. Der maßgebende Sachbearbeiter im Reichs-innenministerium, Ministerialdirektor Dr. Haentzschel, hat hierfür Vorschläge ausgearbeitet, die grundsätzlich vom Kabinett gebilligt werden.

Die hier vorgesehenen Maßnahmen richten sich eindeutig und kraft gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Durch die neuen Strafbestimmungen über den Schutz der Reichswehr und die Verfolgung des sogenannten Landesverrats soll jede Kritik an den deutschen Rüstungen und der deutschen Außenpolitik unterbunden werden, wobei die herrschende Klasse nur zu gut weiß,

daß sie sich auf die deutsche Justiz hundertprozentig verlassen kann.

Man darf diese Maßnahmen des Kabinetts Schleicher nicht nur mit dem besonderen Interesse erklären, daß der Reichskanzler für die Reichswehr hat. Vielmehr ist es wichtig, zu erkennen, daß die herrschenden Kreise gegenüber jeder Kritik an ihren imperialistischen Plänen und Vorbereitungen besonders empfindlich sind. Es ist nicht schwer, daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen auf diese Pläne, aber auch für die trotz allem zu erfüllenden Aufgaben der Arbeiterpresse zu ziehen!

Um die geplanten Unterdrückungsmaßnahmen lückenlos zu machen, soll, wie sich aus den obenstehenden Mitteilungen ergibt, ein neues Presserecht geschaffen werden. Wir werden auf den Entwurf des Ministerialdirektors Haentzschel noch eingehend zurückkommen müssen. Heute sei nur als wichtigster Punkt folgender Absatz eines soeben von Dr. Haentzschel im „Reichsverwaltungsblatt“ veröffentlichten Artikels zitiert:

„Verstößt eine Zeitung innerhalb bestimmter Frist wiederholt gegen Republik-schutzgesetz oder Notverordnungen, und erlangt das Gericht die volle Ueberzeugung, daß diese Schreibweise der vom Verlag des Blattes gewünschten oder geduldeten Richtung des Blattes entspricht, so könnte man das Gericht ermächtigen, in solchen Fällen unabhängig von der Bestrafung des verantwortlichen Redakteurs Geldstrafen zwischen 5000 und 100000 RM. auch gegen den Verlag zu verhängen.“

Es leuchtet ohne weiteres ein, welche ungeheure Macht damit den Gerichten des bürgerlichen Klassenstaates gegen die oppositionelle Presse in die Hand gegeben würde. Es ist nicht ganz uninteressant, dabei daran zu erinnern, daß der erste Vorschlag zu einem solchen Pressegesetz im Jahre 1924 von der sozialdemokratischen Presse zwecks wirksamerer Bekämpfung der kommunistischen Presse gemacht wurde!

Man sieht aus den angeführten Beispielen, daß das Kabinett Schleicher entgegen allen schönen Worten sehr gefährliche Taten unmittelbar durchzuführen beabsichtigt. Die ganze Arbeiterschaft muß die Gefahren, die hier drohen, erkennen und von allen proletarischen Organisationen den Zusammenschluß zum einheitlichen außerparlamentarischen Kampf verlangen.

Erwerbslosendemonstration in Bonn

Bonn, 17. Dezember.

Während heute Mittag der Erwerbslosen-ausschuß mit dem Oberbürgermeister über die Winterhilfe verhandelte, versammelten sich auf dem Marktplatz Hunderte von Erwerbslosen, die im Sprecherchor riefen: „Wir haben Hunger!“ Die Polizei schritt ein und säuberte den Marktplatz. In einzelnen Gruppen zogen die Demonstranten dann zum Münsterplatz. Auch hier schritt die Polizei ein und nahm fünf Personen fest.

Kabinett Paul Boncour

Am Sonntag abend ist die neue französische Regierung mit Paul Boncour als Ministerpräsident und Außenminister endlich zustande gekommen und vom Präsidenten ernannt worden.

Parteimäßig stützt sich das neue, aus 17 Ministern und 12 Unterstaatssekretären bestehende Kabinett nur auf die linksbürgerlichen Parteien, vor allem auf die Radikal-sozialistische Partei, deren Vorsitzender Herriot ist. Die Regierung hat daher keine feste Parteienmehrheit im Parlament. Jedoch hat die Sozialdemokratische Partei, die zwar eine offizielle Regierungsbeteiligung ablehnt, „sympathische Unterstützung“ des Kabinetts Boncours beschlossen. Ebenso kann Boncour mit der vorläufigen Unterstützung der „linken“ Gruppen der bürgerlichen Mittel-parteien rechnen. Es wird daher allgemein angenommen, daß die Regierung zunächst eine große Mehrheit im Parlament haben wird. Die neue Regierung will innen- und außenpolitisch die Politik Herriots, mit Ausnahme seiner Stellung zur Zahlung der Kriegsschulden, fortsetzen.

Dieser letzte Punkt ist es auch, der die größte Schwäche der Regierung darstellt. Das umso mehr, als die USA-Regierung jedes Verhandeln über diese Frage, auch jede Konferenz ablehnt, bevor Frankreich nicht seine fällige Rate bezahlt hätte. Eine kapitalistische Regierung kann ohne Klärung dieser Frage nicht lange bestehen. Deshalb hat sich auch kein Mitglied der Radikal-sozialistischen Partei zur Annahme des Postens als Finanzminister bereit gefunden.

Paul Boncour war bis vor kurzem prominentes Mitglied der SP. Er war schon in der SP ausgesprochener Chauvinist und aktiver Verfechter des französischen Militarismus. Er ist der Hauptvertreter der „Sicherheits“-These und drängte stets auf weitere Aufrüstung und Vermehrung der „Verteidigungs“-Mittel. Weil ihm die sehr „patriotische“ SP darin noch nicht weit genug ging und sein Ehrgeiz nach Ministerposten strebte, trat er aus der Partei aus. Er hat jetzt sein Ziel erreicht. Seine Regierung wird alles andere als „friedlich“ sein.

Das neue belgische Kabinett

Brüssel, 17. Dezember.

WTB. Die belgische Kabinettskrise ist beendet. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Minister ohne Portefeuille: de Broqueville; Minister des Außen: Hymans; Justizminister: Janson; Wehrminister: Devèze; Verkehrsminister: Fort-homme; Minister für Kunst und Wissenschaft: Lippe; Innen- und Postministerium: Pouillet; Finanzminister: Jaspars; Kolonialminister: Tschoffen; Industrie- und Arbeitsminister: Vansacker; Ministerium für soziale Fürsorge und Gesundheitswesen: Carton de Viart und Ministerium für öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft: Sap.

Die Zusammensetzung des Kabinetts hat sich kaum geändert. Die Koalition von Liberalen und Katholiken ist neu gefestigt.

Reichsgerichts-Schreckensurteil

10 Jahre Zuchthaus für den „Kriegsverräter“!

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat nunmehr das Urteil gegen den Kraftfahrer August Jäger aus Erfurt wegen „Kriegsverrats“ gefällt. Dieses Urteil entspricht nahezu dem ungeheuerlichen Antrage des Reichsanwalts: Jäger wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Dem Angeklagten wurde bekanntlich vorgeworfen, am 22. April 1915 24 Langenack zu den Franzosen übergelaufen zu sein und den geplanten ersten Gasangriff der deutschen Truppen verraten zu haben. Dieser Verrat konnte aber nicht einmal vom Reichsgericht schlüssig bewiesen werden. Vielmehr bleibt durchaus die Möglichkeit offen, daß Jäger in Gefangenschaft geraten war und dort, da er ein Gasabwehrpäckchen auf der Brust trug, von den Franzosen zu weiteren Aussagen gezwungen wurde. Möglich ist aber auch, daß er überhaupt keine Angaben bei den Franzosen gemacht hat, denn es ist auffallend, daß die französischen Truppen trotz des ihnen angeblich angekündigten Gasangriffes die bedrohten Gräben nicht geräumt und auch sonst keine Abwehrmaßnahmen ergriffen haben.

Der eigentliche Tatbestand ist also, was bei der Sachlage und nach Ablauf von 17 Jahren nicht wider nehmen kann, vollkommen ungeklärt. Fest steht nur, auch nach der Begründung des Reichsgerichts, daß der Verrat keine nachteiligen Folgen für Deutschland gehabt hat. Diese Tatsache wurde vom Reichsgericht als „strafmildernd“ gewertet — mit dem Erfolg, daß 10 Jahre Zuchthaus verhängt wurden!

Dieses Urteil paßt ausgezeichnet zu den heute an der Spitze unserer Zeitung veröffentlichten Plänen einer verschärften Ausnahme-gesetzgebung zum Schutze der deutschen Rüstungen. Durch dieses Urteil soll nicht in erster Linie Rache genommen werden für ein angebliches Verbrechen aus dem Jahre 1915, sondern

der entscheidende Sinn dieses Schreckensurteils ist, den „Landesverrättern“ aller Art vor Augen zu führen, was ihrer wartet, wenn sie dem deutschen Militarismus un-bequem werden.

Aus diesen prinzipiellen Gründen und aus Solidarität mit einem Klassen-genossen, der durch die Vollstreckung dieses Urteils vernichtend getroffen wird, muß die Arbeiterschaft gegen dieses Urteil protestieren und den Kampf für seine Beseitigung aufnehmen.

Die täglichen Zeitungsverbote

Jena, 18. Dezember.

Das in Jena erscheinende Organ der sozialdemokratischen Partei Thüringens, „Das Volk“, ist vom thüringischen Staatsministerium auf die Dauer von fünf Tagen ab 17. Dezember einschließlich verboten worden.

Erfurt, 18. Dezember.

WTB. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Erfurter kommunistische Tageszeitung, „Thüringer Volksblatt“, auf fünf Tage verboten.

Eduard Bernstein

Am 18. Dezember ist Eduard Bernstein gestorben

Im Jahre 1850 als Sohn eines Lokomotivfabrikanten in Berlin geboren, wurde er Bankangestellter. Er kam früh, als kaum Zwanzigjähriger, in die sozialistische Bewegung. Die ersten Eindrücke erhielt er im Kreise des Privatgelehrten Karl Höpfer, der in den siebziger Jahren als „Edelsozialist“ eine große Rolle spielte. Die Freundschaft mit Karl Kautsky machte Bernstein dann zum Sozialisten, zum Marxist.

Als 1878 das Sozialisten-Gesetz die gesamte deutsche Arbeiterbewegung unterdrückte, wurde er der Redaktion des zunächst in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat“. Als diplomatische Repräsentant Bismarcks die Schweiz verließ, das Asylrecht der dort lebenden deutschen Sozialdemokraten einzuziehen, ging der „Sozialdemokrat“ und mit ihm sein Redakteur Eduard Bernstein nach London. Dort blieb er auch, als das Erscheinen des Blattes nach Ablauf des Sozialisten-Gesetzes, 1890 eingestellt wurde. Erst 1902 konnte er, nachdem der Fürst Bülow als Reichskanzler die gegen ihn aus der Zeit des Sozialisten-Gesetzes noch schwebenden Strafbefehle niederschlagen hatte, aus dem Exil in die Heimat zurückkehren.

Er wurde 1903 Reichstagsabgeordneter für Breslau-West. Dieses Mandat hatte er bis zum Jahre 1918 inne, ausgenommen war dabei nur die Zeit des Hottentotten-Reichstages 1907 bis 1912. Während des Krieges wurde er Mitglied der USP, trat aber schon Ende 1918 wieder der SPD bei und erhielt 1920 ein Berliner Reichstagsmandat, das er bis 1928 innehatte. In den letzten Jahren seines Lebens trafen ihn schwere Schicksalsschläge. Seine Frau, mit der er durch über 35 jährige glücklichste Ehe verbunden war, starb; er verlor seine Tochter. Obwohl er schon vor mehreren Jahren einen Schlaganfall erlitten hatte, hatte die Frische seines Geistes bis in die letzten Lebensmonate kaum gelitten. Täglich saß er früh um 6 Uhr am Schreibtisch, um zu den aktuellen Problemen der Politik journalistisch Stellung zu nehmen oder seine umfassenden geschichtlichen Erfahrungen schriftstellerisch zu verwerten.

Mit Eduard Bernstein ist der letzte der führenden Politiker aus der Zeit des Sozialisten-Gesetzes gestorben. Das, was ihn aber in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in erster Linie stets kennzeichnen wird, ist die Tatsache, daß er der Vater des Revisionismus, wie der deutsche Reformismus wegen seines Bestrebens, das sozialistische Programm zu revidieren, genannt worden ist, gewesen ist. Aldemokratische Neigungen, insbesondere aber Eindrücke aus dem politischen Leben Englands, hatten ihn um die Jahrhundertwende zum Reformisten gemacht. Er glaubte, die Erkenntnis gewonnen zu haben, daß der Hochkapitalismus krisenfrei sein könne. Er sah, wie im Mutterlande des Kapitalismus, in England, auf bürgerlich-demokratischem Fundament eine starke Gewerkschaftsbewegung soziale Reformen durchsetzte. So kam er zu der Meinung, daß die Formen des Klassenkampfes sich mildern und das Proletariat durch eine geschickte zähe Politik Stück für Stück und Schritt für Schritt dem Sozialismus nähergebracht werden könnte. Er schrieb sein Buch von den „Voraussetzungen des Sozialismus und den nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie“.

Leidenschaftlicher Gegner dieser Gedanken war die damalige Parteivorstandsmehrheit unter August Bebel. Schonungslos ging dieser 1903 auf dem Parteitag in Dresden mit Bernstein ins Gericht. Nur 12 Delegierte bekannten sich schließlich am Ende des Parteitages noch zu den revisionistischen Anschauungen. Unter diesen 12 war übrigens der Breslauer Paul Löbe.

Aber der Sieg der Radikalen 1903 war ein Scheinsieg. Beid begann die deutsche Sozialdemokratie zentristische Politik zu machen, d. h. unter radikalen Worten reformistische Taten zu verbergen. Der alternde August Bebel hatte die Dinge nicht mehr in der Hand; der Kreis der wirklich Radikalen um Rosa Luxemburg setzte sich nicht durch.

Eduard Bernstein hätte ja eigentlich bei dieser Entwicklung froh sein müssen. Manchmal aber ist ihm selbst nicht wohl gewesen bei den Taten, die die Konsequenzen seiner revisionistischen Lehren waren. Als z. B. 1913 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Steuern für die letzte ungeheure Heeresvorlage der Regierung Bethmann-Hollweg mitbewilligte, sagte er sich von der Politik seiner alten Freunde los und trat gegen die sogenannten Realpolitiker auf. Pazifistische Gedanken ließen ihn auch zum Gegner der Kreditpolitik während des Krieges werden; er hat immer die These vertreten, daß die Regierung Wilhelm II., soweit nicht objektive Ursachen zum Weltkrieg geführt haben, die Hauptschuld an diesem Morden trage.

Groß ist die Bedeutung Bernsteins als Testamentsvollstrecker für den Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels. Mit Engels eng befreundet, hat er von ihm die Aufgabe übernommen, die nachgelassenen Schriften und den Briefwechsel der beiden Großen zu bearbeiten. Zusammen mit August Bebel hat er kurz vor dem Kriege den Briefwechsel Marx-Engels herausgegeben. Gegen die Art der Herausgabe sind jetzt, wohl mit Recht, manche Einwendungen erhoben worden. Die erste Sichtung und Bearbeitung dieses unerschöpflichen Quellenmaterials bleibt aber sein geschichtliches Verdienst.

Persönlich war er von absoluter Lauterkeit und Reinheit der Gesinnung. Was er für sich als richtig erkannt hatte, sprach er aus, ohne sich durch Menschenfurcht heizen zu lassen. Daß seine wissenschaftlichen Gedanken

Konflikt Reichsbanner - SPD geht weiter

In dem offiziellen Bericht über die letzte Sitzung des sozialdemokratischen Parteiaussschusses war gesagt worden, daß die umstrittene Frage der Stellung des Reichsbanners zum Reichskuratorium bereinigt worden sei. Auffallend war schon, daß mit keinem Worte auch nur angedeutet wurde, in welchem Sinne diese Beilegung des Konfliktes erfolgt sei. Jetzt erklärt man aus einer Reihe linksstehender Berliner Blätter, daß diese offizielle Meldung des sozialdemokratischen Parteivorstandes

eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit und der sozialdemokratischen Arbeiter im besonderen

gewesen ist, denn der Konflikt zwischen SPD und Reichsbanner ist keineswegs beigelegt.

So berichtet der „Montag Morgen“, es sei bei den Beratungen des Parteiaussschusses keine Einigung erzielt worden; die sehr heftigen Auseinandersetzungen hätten im Gegenteil ergeben, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die Führer des Reichsbanners und der SPD hätten sich lediglich dahin geeinigt, daß die Frage vorläufig ungelöst bleibt. Die Reichsbannerleitung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, sich am Reichskuratorium für Jugendertüchtigung beteiligen zu müssen, während die Mehrheit des sozialdemokratischen Parteiaussschusses vorläufig entgegengesetzter Meinung ist.

Die linksdemokratische „Berliner Volks-Zeitung“ ergänzt diese Mitteilung. Das Blatt schreibt, es sei

zwischen Partei, Gewerkschaften und Reichsbanner in den umstrittenen Fragen ein Waffenstillstand geschlossen

worden, der aber wohl nur bis zum Januar, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages, anhalten werde. Die endgültige Entscheidung werde auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt a. M. fallen. Die „Berliner Volks-Zeitung“ behauptet weiter, der Parteivorstand sei entschlossen, falls die Differenzen mit dem Reichsbanner nicht überbrückt werden könnten, den Mitgliedern der SPD die Zugehörigkeit zum Reichsbanner zu verbieten.

Bei diesen Mitteilungen der genannten

Blätter kommt es nach unserer Meinung weniger auf die Einzelheiten als auf die allgemeine Linie an. Entscheidend ist, daß in der Tat

die Konflikte zwischen den verschiedenen reformistischen Führungen im Reichsbanner, im ADGB und in der SPD sich häufen.

Es wäre aber ein Irrtum, wollte man annehmen, daß jetzt in der SPD ein radikaler, gar marxistischer Kurs eingeschlagen würde. Davon kann keine Rede sein. Diese Konflikte sind vielmehr Zeichen für den Bankrott und den Zerfall des Reformismus. Sie können für die Arbeiterbewegung den Nutzen haben, vielen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen zu öffnen über den Reformismus und über ihre Führer. Zu diesem Erkenntnisprozeß in den sozialdemokratischen Massen beizutragen, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Das war ein SPD-Führer!

Der Mainzer Bürgermeister, Dr. Kraus, der bekanntlich vor wenigen Tagen aus der SPD ausgetreten ist, ist inzwischen bereits Mitarbeiter der badischen Zentrums-Presse geworden. Im „Badischen Beobachter“ veröffentlicht er eine längere Erklärung voll moralischer Empörung über die ihm in tiefster Seele verhaßte Unduldsamkeit und staatspolitische Verantwortungslosigkeit seiner bisherigen Freunde, die er allerdings erst bemerkt hat, nachdem der ersahnte Posten des badischen Innenministers flöten gegangen war. Selbst die „Frankfurter Zeitung“, die im übrigen für Kraus Partei nimmt, fühlt sich zu der Bemerkung veranlaßt:

„Vielleicht braucht man als eben erst aus der Partei ausgeschiedener Sozialist diese Dinge nicht unbedingt so rein aus der Zentrums-Perspektive zu betrachten.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen an diesem Beispiel lernen und vor allem erkennen, daß

noch sehr viele maßgebende Führer vom Schlage dieses Kraus in der SPD wirken und entscheiden!

Auslands-Rundschau

Athen, 17. Dezember.

Die Regierungsblätter melden, Finanzminister Angelopoulos habe seinen Rücktritt bekanntgegeben, weil er mit der vom Ministerrat beschlossenen Zahlung von 30 Prozent der Zinsen für die auswärtigen Anleihen nicht einverstanden sei.

Bombay, 17. Dezember.

Nach englischen Meldungen ist in Nalcha (Westbengalen) ein Aufstand des Stammes der Schanthals ausgebrochen. Ein Polizist wurde tödlich verwundet. Die Polizei eröffnete das Feuer und tötete und verwundete viele Eingeborene. 16 Eingeborene wurden verhaftet.

Budapest, 17. Dezember.

Wie der „Pester Lloyd“ aus Sofia meldet, ist in einer kleinen Stadt in Mazedonien der dortige Polizeichef, ein Anhänger der Protegentoff-Richtung, von vier Mitgliedern der feindlichen Michailoff-Gruppe durch Revolverschüsse getötet worden.

Buenos Aires, 17. Dezember.

Die Regierung hat einen Aufruf an das Volk erlassen, worin mitgeteilt wird, daß eine weitverbreitete Verschwörung entdeckt worden sei, die den Zweck verfolgte, die Mitglieder der Regierung und hochstehende Persönlichkeiten zu ermorden, öffentliche Gebäude zu zerstören und die Bevölkerung zu beunruhigen. Die Zeitung der Radikalen wurde verboten, die Verhaftung der radikalen Führer ist angeordnet. Die Regierung wird demnächst die Verhängung des Belagerungszustandes beantragen. Unter den Verhafteten befinden sich die früheren Präsidenten Irigoyen und de Alvear, die ausgewiesen werden sollen.

Cork, 17. Dezember.

In der irischen Stadt Cork hat der Kampf gegen das englische Bier groteske Formen angenommen. 16 bewaffnete Mitglieder der irischen republikanischen Armee drängen in die Räume einer englischen Brauerei ein, hielten die Angestellten mit Revolvern in Schach und ließen das Bier aus den Fässern in die Straßenrinne laufen.

zum Fundament der Karriere der Aemtorjäger werden könnte, hat er wohl nie bedacht.

Er hatte die europäische Geschichte der letzten siebenzig Jahre handelnd miterlebt und kannte beinahe alle Menschen, die in dieser Zeit eine Rolle gespielt haben. Mit ihm zu plaudern, war höchster Genuß. Er sprudelte von Anekdoten förmlich über und wußte, was er erzählte, in das Gewand verzeihenden Humors zu kleiden.

Er war kein Revolutionär. Er konnte daher kein Führer des Proletariats in der Gegenwart sein, aber er war ein Sozialist und ein großer guter Mensch. Seine Fehler wird das Proletariat, wenn es den Sozialismus erkämpfen will, erkennen und überwinden müssen; ihn selbst soll die Arbeiterklasse nie vergessen. Ernst Eckstein.

Lausanne, 17. Dezember.

Die Stadt Lausanne steht vor einem erheblichen Defizit, weil ihr die Reparationskonferenz rund 48.000 Mark Kosten verursacht hat, während man nur mit einem Aufwand von 7200 Mark gerechnet hatte. Die Stadtverwaltung soll nunmehr die große Differenz nachträglich bewilligen.

Sosnowitz, 17. Dezember.

Die polnische Polizei hat gestern hier eine kommunistische Druckerei aufgedeckt und fünf Verhaftungen vorgenommen. In der Druckerei wurden 14.000 fertige kommunistische Aufrufe beschlagnahmt sowie Notizen, die Mitteilungen und Instruktionen der Kommunistischen Partei enthielten. Auf Grund dieser Notizen stehen weitere Verhaftungen bevor.

Warschau, 17. Dezember.

Das Militärgericht in Posen verurteilte fünf polnische Soldaten wegen kommunistischer Werbetätigkeit. Drei erhielten je sechs Jahre, zwei je drei Jahre schweren Kerker.

Warschau, 17. Dezember.

Der polnische Sejm hat der Ratifizierung des deutsch-polnischen Abkommens über den kleinen Grenzverkehr und des Abkommens über die Aufhebung des deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichts zugestimmt.

Washington, 17. Dezember.

Die Finanzkommission des Repräsentantenhauses hat heute einem Gesetzentwurf ihre Zustimmung gegeben, der die Herstellung und den Verkauf von Bier mit einem Alkoholgehalt von 3,2 Prozent gestattet, und auch eine zweite Vorlage angenommen, die die Herstellung und den Verkauf von Wein — ohne jede Beschränkung des Alkoholgehalts — erlaubt.

von Gontard muß klagen

Wie wir erfahren, hat der Generaldirektor Paul von Gontard gegen den Sekretär der Liga für Menschenrechte, Kurt Großmann, wegen seiner Behauptungen, Herr von Gontard habe vor dem Reichsgericht seine Eidespflicht verletzt, Privatklage eingereicht. Ferner hat er Klage gegen den Verteidiger von Bullerjahn, Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, wegen eines Artikels in der „Weltbühne“ eingeleitet.

Es ist sehr zu begrüßen, daß Herr von Gontard (sicher sehr gegen seinen Wunsch) zu diesen Klagen gezwungen worden ist — vorausgesetzt, daß er nicht (wie schon in früheren Fällen) die Prozesse bewußt verschleppt und schließlich auf ihre Durchführung verzichtet. Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse daran, Näheres über die Rolle des Herrn von Gontard und die Hintergründe des Bullerjahn-Prozesses zu erfahren. Dazu können vielleicht auch diese Prozesse beitragen.

„Der schweigende Koalitionsgenosse“ Sie legten „Wert auf Brüning“

CNB. In dem Beleidigungsprozeß des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des Reichstagsabgeordneten Otto Wels, gegen die Redakteure Kames und Zeitz fand heute wieder eine kurze Verhandlung statt.

Rechtsanwalt Everling beantragte heute für die angeklagten Redakteure die Ladung des früheren Reichskanzlers Brüning als Zeugen. Aus den Beweisanträgen der Verteidigung unterstellte die Strafkammer des Landgerichts I, die nach kurzer Beratung die Ladung des früheren Reichskanzlers Brüning ablehnte, folgende Punkte als wahr: Brüning habe Wels keine Ermächtigung gegeben, mit Henderson innerpolitische Fragen, insbesondere die Frage des Panzerkreuzer-Baus zu besprechen, und Wels habe nach seiner Rückkehr aus London Brüning berichtet, er habe dies getan, indem er die grundsätzliche Ablehnung der SPD gegen den Panzerkreuzerbau dem englischen Außenminister gegenüber festgestellt habe, daß er ihn aber gebeten habe, diese Frage zurückzustellen.

da die SPD auf die Regierung Brüning Wert lege und sich gleichsam als schweigender Koalitionsgenosse dieser Regierung betrachte.

Ebenso wurde als wahr unterstellt, daß Brüning die Veröffentlichungen englischer Zeitungen, in denen die deutsche Regierung damals aufgefordert wurde, eine offizielle Erklärung abzugeben, daß sie den Panzerkreuzerbau einstelle und den Zollunionsplan aufhebe, auf die Unterhaltungen des Abg. Wels in London zurückgeführt habe. Rechtsanwalt Everling stellte in Aussicht, daß er im nächsten Termin die Ladung des Reichskanzlers von Schleicher beantragen werde.

Dieser Prozeß fördert allerhand interessante Einzelheiten zutage. Erst das Bekenntnis zum Panzerkreuzer, dann die Feststellung, daß die SPD die Parteisplaltung um des Vaterlandes Willen in Kauf genommen habe und jetzt eine erneute Verbundenheitsklärung zur Regierung Brüning. All diese Bekenntnisse einer schönen Seele, die übrigens das radikale Geschrei der SPD-Führung von heute Lügen strafen, dürften der Arbeiterschaft allerhand zu denken geben.

Nazis finden milde Richter

Cottbus, 17. Dezember.

Das hiesige Schwurgericht verhandelte in zweitägiger Sitzung gegen den 29-jährigen Kraftfahrer und SA-Mann Ehrhardt Hoffmann und den 45-jährigen Apotheker Ludwig Heinrich aus Cottbus, die beschuldigt sind, in der Nacht zum 17. August d. J. ein Sprengstoffattentat auf die jüdische Siedlung in Groß-Gaglow, Klein-Cottbus, verübt zu haben. Der Angeklagte Heinrich, der in der Voruntersuchung zum Teil geständig war, widerrief alles seine Aussagen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hoffmann wegen Beihilfe zum Sprengstoffverbrechen 1½ Jahre Zuchthaus, gegen Heinrich unter Berücksichtigung mildernder Umstände ein Jahr Gefängnis. Das Gericht sprach die Angeklagten auf Kosten der Staat kass frei. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß es sich weder auf die Zeugenaussagen noch auf die Indizien verlassen könnte. Die Angeklagten mögen aber nicht glauben, daß sie den Gerichtssaal als Unschuldige verlassen. Es laste nach wie vor auf ihnen der schwerste Verdacht, und sie seien nur freigesprochen, weil die letzten Beweise fehlten.

Leipzig, 17. Dezember.

WTB. Das Reichsgericht verkündete heute das Urteil in dem Prozeß gegen den Göttinger Studenten Deutelmöser und Genossen. Den drei Angeklagten war zur Last gelegt worden, daß sie in der Nacht zum 4. Dezember 1931 das Munitionsdepot in Göttingen gemeinsam ausrauben wollten. Deutelmöser, der den rechtsradikalen „Eidgenossen“ in führender Stellung angehört, wurde wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt, Karl Thies aus Hannover-Münden, Mitglied der KPD zu 2½ Jahren Gefängnis, der 24-jährige Techniker Heins Klapproth aus Göttingen, der der NSDAP angehört, zu acht Monaten Gefängnis.

Echt naziotisch

Wien, 18. Dezember.

Am heutigen „goldenen Sonntag“, als in den Nachmittagsstunden das Warenhaus Gerngref, das größte Warenhaus Wiens, nahezu überfüllt war, stiegen plötzlich gleichzeitig an mehreren Stellen von Tränengas herrührende Gase auf, die vor allem bei Frauen und Kindern die größte Verwirrung hervorrufen. Alles drängte in großer Aufregung den Ausgängen zu, sodaß nur mit Mühe eine Panik vermieden werden konnte. Der Feuerwehr gelang es nach einstündiger Arbeit, die Räume zu entlüften. In den letzten Tagen betrieben die Nationalsozialisten eine lebhaft antisemitische Propaganda mit der Aufforderung an die arische Bevölkerung Wiens, in jüdischen Geschäften nichts zu kaufen.

Wer hat von seiner Tätigkeit etwas gemerkt?

WTB. Berlin, 17. Dezember.

Der Herr Reichspräsident hat den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Goerdeler, auf seinen vor längerer Zeit gestellten Antrag vom Amte des Reichskommissars für Preisüberwachung entbunden. Mit der Führung dieser Geschäfte wird der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Heinze, betraut.

Die Sachverständigen haben das Wort

Beuthener Hallenschwimmbad — Einsturzprozeß — Firma Walter wird entlastet

Lokaltermin

Der dritte Verhandlungstag im Beuthener Hallenschwimmbadprozeß wurde mit einem Lokaltermin an der Unglücksstelle eingeleitet. In dem Termin zeigte Stadtbaurat Stütz dem Gericht an verschiedenen am Unglücksbau ausgeführten Betonarbeiten die Verwendung von Labander Kies, Oderkies und Sand. Außerdem versuchte der angeklagte Bauunternehmer Walter durch Vorführung und Inangriffnahme der Berieselungsanlage dem Gericht zu beweisen, daß der ihm gemachte Vorwurf einer zu starken Berieselung des Betons zu Unrecht besteht.

Anschließend wurde dann die Beweisaufnahme mit der Vernehmung von 31 Zeugen fortgesetzt. Es handelt sich zum größten Teil um Personen, die entweder für die Firma Hirt oder Walter beim Bau des Hallenschwimmbades tätig waren. Fast alle Zeugen, ganz gleich, ob sie Arbeiter der Firma Walter oder Hirt sind bzw. waren, sagten zu Ungunsten der Firma Walter aus.

Stadtbaurat wird nicht vereidigt

Der vierte Verhandlungstag endete insofern mit einer Überraschung, als der als Zeuge vernommene Leiter des Stadtbauamtes Beuthen, Stadtbaurat Stütz, unvereidigt blieb.

Dadurch hat sich die an und für sich schon nicht recht „glückliche“ Rolle, die das Stadtbauamt Beuthen in diesem Prozeß spielt, noch weiter verschlechtert.

Außer Stadtbaurat Stütz waren auch noch die Zeugen Kinder und Roter mund unvereidigt geblieben.

Das Gericht kam zur Annahme, daß Kinder genau so stark verdächtig erscheint, wie der auf der Anklagebank sitzende Angeklagte Thomalla. Der Zeuge Roter mund erscheint verdächtig, die statischen Berechnungen nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgeführt zu haben und somit wahrscheinlich am Unglück mitschuldig zu sein.

Die Sachverständigen

Am fünften Verhandlungstag im Hallenschwimmbadprozeß kamen die Sachverständigen zu Wort. Als erster erstattete der von der Firma Walter benannte Sachverständige Geheimrat Professor Dr. Boost von der TH Charlottenburg sein Gutachten. In einem sehr ausführlichen, durch Tafelzeichnungen erläuterten Referat gab Geheimrat Boost zunächst eine allgemeine Aufklärung über den Eisenbetonbau und wies dabei auf den Unterschied zwischen Theorie und Praxis im Baufach hin. Der Sachverständige verarbeitete sich dann über das Betonieren mit dem von der Firma Walter bei dem Bau in Anwendung gebrachten Gußverfahren und erklärte,

daß das Verfahren bereits vor mehr als 20 Jahren aus Amerika übernommen und in Deutschland außerordentlich oft mit gutem Erfolg angewandt worden sei. Die Deckenkonstruktion hält der Sachverständige für durchaus berechtigt. Der zum Betonieren gebrauchte Zement sei als hochwertig zu bezeichnen.

Zur Frage der Kiesverwendung erklärte Professor Boost, daß es sich ebenfalls um vollkommen einwandfreies Material gehandelt habe.

Professor Boost äußerte sich dann über die Belastung des Betons am Tage des Einsturzes. Er ist der Meinung, daß selbst im ungünstigsten Falle — d. h. daß die untere, später eingestürzte Decke die Last der oberen Decke mittragen mußte, ein Einsturz nicht erfolgen konnte. Die im Prozeß sehr eingehend behandelte Frage der Berieselung hält der Sachverständige für unbedeutend.

Zusammenfassend stellte Geheimrat Professor Dr. Boost am Schlusse seines über dreistündigen Gutachtens fest, daß er nach dem Ergebnis der Zeugenvernehmung der Ansicht ist, daß das Mauerwerk ausgewichen und die Betonplatte im ganzen, also nicht in einzelnen Teilen, heruntergefallen ist.

Als zweiter Sachverständiger erstattete Hofrat Saliger von der Technischen Hochschule in Wien sein Gutachten. Er gab zunächst die Erklärung ab, daß er sich dem Inhalt des Gutachtens von Geheimrat Dr. Boost voll und ganz anschließe. Dann ging er auf weitere Einzelheiten ein und kam am Schluß seiner Ausführungen zu der Feststellung,

daß die unzureichende Tragfähigkeit der Mauer als Bruchursache zu werten sei.

Die Untersuchungen und auch die Beweis-

aufnahme haben ergeben, daß die Nachprüfung der statischen Berechnungen unterblieben und die dafür zur Anwendung gekommene empirische Berechnung unzureichend sei. Die Ausschulung der Decke sei nicht zu früh erfolgt.

Da das Mauerwerk nachweisbar nicht mit Zementmörtel und auch aus schlechten Ziegelsteinen hergestellt sei, habe die Mauer die schwere Last der Betondecke nicht tragen können.

Als dritter Sachverständiger kam Zivilingenieur Dr. Färber-Breslau zu Wort. Seine Ausführungen stimmen in vielen Punkten mit denen der beiden ersten Sachverständigen überein.

Auch er hält den verwendeten Beton für gut und vertritt die Ansicht, daß der Einsturz unter keinen Umständen an der Beschaffenheit der Decke gelegen haben kann.

Die Pfeiler hätten infolge des schlechten Materials auch brechen müssen, wenn später ausgeschalt worden sei.

Als sehr wichtig wurde vom Gericht die Frage des Verteidigers Dr. Frankel bezeichnet, der von dem Sachverständigen Färber wissen wollte, ob die Mauer auch eingestürzt wäre, wenn sie hätte länger austrocknen können. Der Sachverständige erklärte, daß die Mauer auch dann zusammengebrochen wäre, weil sie aus mindwertigem Material errichtet worden sei. Dieser Meinung schloßen sich auch die Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Boost und Hofrat Saliger an. Dadurch wird die die Mauerarbeiten am Hallenbade ausführende Firma Hirt schwer belastet.

In der Sonnabendverhandlung des Beuthener Hallenschwimmbad-Prozesses konnten die Sachverständigen-Gutachten bis auf die Vernehmung des erkrankten Sachverständigen Regierungsbaumeisters Fritzel beendet werden. Fordert die Staatsanwaltschaft das Gutachten von Regierungsbaumeister Fritzel, so besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß der Prozeß bis nach Weihnachten vertagt wird. Das Gericht wird am heutigen Montag über diesen Punkt beraten.

Landeshut steht im „Advent“

Die kapitalistische Krise wirkt sich auf Landeshut, die eine ausgesprochene Textilindustriestadt ist, besonders stark aus und rüttelt die spießbürgerliche Geschäftswelt auf. Da aber dieser Gedankenwelt nur auf Rücksicht gerichtete Ideen entsprechen können, so ist es nicht verwunderlich, daß man auf den genialen Gedanken gekommen ist, einen großen elektrisch beleuchteten Christbaum zur Deklamation mitten auf den Markt zu stellen, auf dem ringsherum auf Leinwand gemalt der Spruch steht:

Kaufe am Ort und geh nicht fort, dann tust Du gut für Landeshut!

Die sozialdemokratische Bergwacht findet natürlich nichts dabei und akzeptiert es mit folgender Mitteilung:

„Wie in vielen Städten, so ist auch in Landeshut ein großer Christbaum zur Deklamation auf dem Markte aufgestellt.“ Marxistisches Denken kann man von Sozialdemokraten heute nicht sehr erwarten, sie passen sich der Zeit an.

Dieser harmlos dastehende Christbaum hat aber eine politische wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung.

Politisch wird damit der lokale Patriotismus geweckt, jener spießbürgerlich politische Begriff, der über die Kirchturmspitze einer Stadt oder eines Dorfes nicht hinausragt. So wird die spießbürgerlich politische Kurzsichtigkeit gezeitet, um das Proletariat von politischen Problemen zu desinteressieren und den politischen Machthabern besser gefügig zu machen. Dagegen hat die SPD wie ihre Politik zeigt, nichts einzuwenden, denn sie will schieben, wird aber in Wirklichkeit geschoben.

Wirtschaftlich wäre dagegen weniger einzuwenden, aber das Eine muß schon gesagt werden, wenn die Landeshuter Geschäftswelt es haben will, daß die Einwohnerschaft, besonders die Arbeiterschaft, am Orte kaufen soll, dann muß sie aber dafür sorgen, daß Landeshut neben Hirschberg nicht die teuerste Stadt ist. Dann muß sie aber auch dafür einreten, daß zunächst die hiesige Arbeiterschaft

in den Fabriken Beschäftigung findet und bei wirtschaftlichen Kämpfen derselben, sie besser wie bisher zu unterstützen, damit die Kaufkraft wächst. Es ist die Methode der Textilindustriellen am Orte, die Arbeiterschaft sich auszuwählen wie sie am besten ihrem kapitalistischen Vorhaben gefügig ist, darum stellen sie Atzwärtige, ja sogar Ausländer, lieber als Hiesige ein, weil sie wissen, daß diese bei Lohnkämpfen eher herumzukriegen sind, und vor allem die Geschlossenheit dadurch gemindert ist.

Bei der Firma Rinkel ist ein Direktor gleichzeitig Stadtvorordner, der, obwohl sehr schüchtern, aber doch den Willen hatte, das Wohl der Stadt dadurch zu heben, daß mehr wie bisher hiesige Arbeiter bei Neueinstellungen eingestellt würden, das lief aber den Methoden der Industriellen zuwider und schon vor geraumer Zeit munkelte man, daß ihm gekündigt worden sei.

Es soll hier nicht einem wirtschaftlichen Lokalismus das Wort geredet werden, denn es ist unser Interesse, daß alle Arbeiter Beschäftigung und ausreichendes Auskommen bekommen, das wird aber in dem kapitalistischen System nie möglich sein. Es sei hier nur auf die Methoden und Widersprüche des Kapitalismus hingewiesen und die Kurzsichtigkeit der Stadtväter auch im lokalen Maßstabe.

Die SPD wird anscheinend auch Adventzeit feiern, denn sie predigt jetzt den „Glauben“. Freilich den „Glauben“ als solchen, und da sie in dieser Beziehung großzügig ist, kann es verschieden aufgefaßt werden. Die da christlich gläubig sind, können an das Jenseits glauben und dort die Herrlichkeiten erwarten, die da Freidenker sind, glauben natürlich an das Diesseits und den Sozialismus, und so hat sie beide zufrieden gestellt. Zunächst sei festgestellt, daß der Begriff Glaube immer das Gegenteil von Wissen ist. Will man sich über eine Weltanschauung überzeugen, so muß man dieser auf den Grund gehen, sie kennen lernen und deren Richtigkeit genau wissen, dann ist der Glaube daran, aber überflüssig.

Die Leichen der verunglückten Kumpels geborgen

Hindenburg, 17. Dezember.

Sonnabend früh gegen 6 Uhr ist die Leiche des verunglückten Häuers Wieduch aus Preiswitz (Ostoberschlesien) aus den Delbrückschächten geborgen und in das Knappschaftslazarett übergeführt worden. Wieduch soll in seiner Heimat bestattet werden.

In den Mittagsstunden des Sonnabend ist es gelungen, auch die Leiche des Häuers Wothowsky zu bergen, der seinerzeit vor seiner Rettung an Herzschwäche starb. Damit ist nun das dritte Opfer des Unglücks geborgen; an der Bergung des vierten Verunglückten wird weiter gearbeitet.

Am Sonnabend gegen 18.30 Uhr wurde auch die Leiche des Häuers Kubitzka aus Hindenburg, des vierten Verunglückten von den Delbrückschächten, geborgen. Mehr als drei Wochen sind also seit dem Unglück vergangen, ehe die Leiche des letzten Opfers ans Tageslicht gebracht werden konnte.

Erfroren

Oppeln, 18. Dezember.

Auf dem Wege nach Kreuzberg wurde bei der Gemeinde Jagiune der Häusler Franz Schwak aus Dammralsch erfroren aufgefunden.

Die Notförderung auf der Wencoslaus-Grube eingestellt

Neurode, 18. Dezember.

Auf der Wencoslaus-Grube wurde in den letzten beiden Monaten von etwa 100 Bergleuten aus einem ungefährlichen Teil der Grube freiwillig Kohle gefördert, die unter die Invaliden und die Hinterbliebenen von Grubenarbeitern verteilt wurde. Diese hundert Bergleute hatten auf besondere Entlohnung verzichtet und leisteten nur für ihre Wohlfahrtsbezüge mit primitivsten Hilfsmitteln die Arbeit, um Notleidenden zu helfen. Diese Förderung sogenannter „Wohlfahrtskohle“ ist jetzt, nachdem etwa 6000 Tonnen Kohle zulage gebracht worden sind, wieder eingestellt worden.

Nach großem Vorbild

Nimptsch, 16. Dezember.

Die Stadtverordnetenversammlung faßte einstimmig den Beschluß, daß auch die Stadt Nimptsch vor dem Staatsgerichtshof gegen die Kreisauflösung klagen wird.

Das „Klagen“ vor dem Staatsgerichtshof scheint, nachdem das die SPD so eifrig gepflegt, Anklage zu finden.

Der neue Schnelltriebwagen der Waggon- und Maschinenbau AG., Görlitz

Görlitz, 17. Dezember.

Von einem größeren Kreise geladener Gäste wurde hier der von der Waggon- und Maschinenbau A.-G., Görlitz (Wumag), erbaute neue Schnelltriebwagen besichtigt, der infolge seiner eigenartigen Bauart auf Grund genauester Berechnung des Luftwiderstandes eine große Achselhöhe mit dem Schienenzeppelin aufweist. Der neue Triebwagen, der 102 Fahrgästen zweiter Klasse (wanna zweiter Klasse soll der Wagen etwa nur für die oberen Zehntausend bestimmt sein?) Unterkunft bietet, wird alsbald auf der Strecke Berlin-Hamburg in den Dienst gestellt und soll zur Beschleunigung des Verkehrs bei größter Wirtschaftlichkeit beitragen.

Der Wagen erreichte bekanntlich kürzlich bei seinen Probefahrten auf der Strecke Ullrichshagen selbst unter ungünstigen Verhältnissen in durchaus ruhiger Fahrt eine Stunden-geschwindigkeit von 153 Kilometern und ist insofern, diese bei günstigen Gelände-Verhältnissen noch wesentlich zu überschreiten. Der Wagen macht trotz seiner Größe — er ist 11,9 m lang und 2,83 m breit — einen durchaus gefälligen und eleganten Eindruck und bietet in seiner Inneneinrichtung bei großer Raumausnutzung fast dieselben Bequemlichkeiten wie ein D-Zug. Die Maschinenanlage, die vorwiegend an den Wagenenden montiert ist, besteht aus zwei 410 PS-Maybach-Dieselmotoren mit je einem Siemens-Generator und zwei elektrischen Fahrmotoren im Mitteldrehgestell, die es ermöglichen, dem Wagen bereits nach kurzem Anlauf eine Stunden-geschwindigkeit von etwa 150 km zu geben.

Zusammenstoß zwischen Lastkraftwagen und Straßenbahn

Gleiwitz, 18. Dezember.

Sonntag gegen 18 Uhr stieß ein nach Hindenburg fahrender Lastkraftwagen mit einem von dort kommenden Straßenbahnzug zusammen. Von den 18 Insassen des Lastkraftwagens wurden zwei schwer und sechs leicht verletzt. Die Schwerverletzten fanden Aufnahme im Städtischen Krankenhaus. Der Unfall ereignete sich, als der Fahrer des Lastkraftwagens zwischen der ihm entgegenkommenden Straßenbahn und Erdmassen sowie Pflastersteinen, die zum Bau der Ferngasleitung Hindenburg-Gleiwitz aufgeschüttet sind, hindurchfahren wollte.

Stadtverordnetensitzung in Strehlen

Nach längerer Zeit tagte am Donnerstag wieder einmal unser „demokratisches“ Stadtparlament, um in „Konstituierung“ zu machen, denn es waren allein 8 Punkte, von denen Kenntnis zu nehmen war: Negersteuer 500 %.

Interessant war bei einer Heraussetzung eines Angestellten der Städtischen Sparkasse zum Beamten die Aeußerung des Stadtverordnetenvorstehers, daß der Angestellte sich nicht die nötige Autorität verschaffen könne und deshalb Beamter werden müsse. Der Antrag wurde gegen die Stadtverordneten der SPD und KPD angenommen. Ansonsten war die Tagung der Väter der Stadt bedeutungslos.

„Gebt uns Brot!“

Breslau, 18. Dezember

Das Wolfische Telegraphenbüro bringt folgende Meldung:

Sonntag abend tauchten, wie die Polizei meldet, in der Innenstadt verschiedene kommunistische Trupps (?) auf, die Rufe ausbrachten. Fünf Personen wurden festgenommen. Kurze Zeit nach diesen Vorfällen zogen 200—300 Kommunisten die Schweidnitzer Straße in Richtung Gartenstr. entlang, wobei vereinzelt Rufe „nieder“ und „gebt uns Brot“ laut wurden. Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen. „Zu Ausschreitungen ist es nicht gekommen.“ Der Bürger atmet erleichtert auf.

Radfahrertödllich überfahren

Am Freitagmittag rutschte der radfahrende Schlosserlehrling Gerhard U. mit seinem Rade beim Ueberholen eines anderen Fahrzeuges auf dem schlüpfrigen Pflaster aus, kam zu Fall und wurde von einer Zugmaschine überfahren und tödlich verletzt.

Verkaufszeiten in den städt. Markthallen und auf dem Weihnachtsmarkt

Die Großmarkthalle wird am Sonnabend, den 24. Dezember (Weihnachtsabend) außer vormittags auch mittags von 13—15 Uhr für den Großverkauf offen gehalten. Am Sonnabend, den 31. Dezember (Silvester) ist die Großmarkthalle nur in den Vormittagsstunden von 6 1/2—9 1/2 Uhr geöffnet.

Am Donnerstag, den 22., Freitag, den 23., Freitag, den 30. und Sonnabend, den 31. Dezember (Silvester) sind die beiden Kleinmarkthallen durchgehend von 7—19 Uhr, am Sonnabend, den 24. Dezember (Weihnachtsabend) durchgehend von 7—18 Uhr geöffnet.

Auf dem Weihnachtsmarkt (Neumarkt) dürfen am 24. Dezember (Weihnachtsabend) Lebensmittel, Genussmittel und Blumen bis 18 Uhr verkauft werden, während für andere Waren der Verkaufsschluß bereits um 17 Uhr eintritt.

ACHTUNG!
Ab 1. Januar 1933 befinden sich das Parteisekretariat, die Geschäftsstelle, Redaktion u. Expedition der SAZ Breslau 5, Gartenstr. 21 Fernspr.: SAP 56768, SAZ 20802 Parteivorstand der SAP SAZ Geschäftsleitung

Dresden

Im „Janosch“ Gewerkschaftssekretär Kaufmann (Fabrik Kosmos, Dresden) nahm wieder mal eine Umstellung seines Betriebes vor, das heißt er entließ die mehrere Jahre bei ihm beschäftigten Arbeiter G. Lanzsch und stellte dafür zwei Hauslichterchen vom Lande ein die im den halben Lohn arbeiteten. Obwohl die L. noch Anspruch auf Auszahlung von 22 Mark Feriengeld hatte, verweigerte dies die Firma und ließ es auf eine Klage vom Arbeitsgericht ankommen. In die L. vertrat der Fabrikarbeitersverband die Klage, bei der Verhandlung stellte es sich nun heraus, daß die beklagte Firma in einem trüben Verhältnis mit dem Gewerkschaftssekretär Starke vom Gastwirtschaftsverband steht und nur auf dessen Anraten die Auszahlung des Feriengeldes verweigert hatte. Ganz offen erklärte die beklagte Frau Kaufmann, daß sie sich beim Gewerkschaftssekretär Starke mit dem sie nun befreundet sei, erkundigt habe, wie sie sich in dieser Sache zu verhalten habe. Die L. hat kein Feriengeld zu beanspruchen und ich zahle auch keine. Der Vertreter, der L. Mager vom Fabrikarbeitersverband, kam ob dieser Unternehmerverschwendung seines Kollegen in arge Verlegenheit. Der Richter schlug einen Vergleich vor, der jedoch von Frau Kaufmann ebenfalls abgelehnt wurde. Erst als sie sah, daß sie uns Zahlen nicht drum rum komme, schlug sie einen Vergleich von 15 Mark vor. Dies hatte ihr der „ganz zufällig“ anwesende Gewerkschaftssekretär Starke zugestimmt. Da es bei dem Vergleich blieb, wurde die L. durch das schändliche Verhalten des Starke um 7 Mark betrogen. Als nach der Verhandlung Starke von seinem Parteifreund Vierz (Vors. der SPD Burg) zur Rede gestellt wurde, drohte er diesem mit Verhaftung, wenn er ihn weiterhin belästige. Wissen muß man auch, daß dieser „Gewerkschaftssekretär“ Starke noch Mitglied eines ausgesprochen nationalistischen Verbandes ist, nämlich des Verbandes deutscher Köche, wo auch sein Busenfreund Kaufmann organisiert ist. Es wird höchste Zeit, daß sich die Mitgliedschaft des Gastwirtschaftsverbandes einmal etwas energisch um ihren „Herrn Sekretär“ kümmert. Denn es ist nicht das erstemal, daß auf die Weise Gewerkschaftssekretär Starke die Interessen der Arbeiter vertritt.

Eibenstock

Zur Ohnmacht verurteilte Stadtverordnete. Auf Verlangen der KPD- und SAP-Fraktion fand eine Stadtverordnetenversammlung statt, die sich mit den Anträgen der Erwerbslosen auf Gewährung von Winterbeihilfe zu beschäftigen hatte. Die Forderungen der Erwerbslosen waren keinesfalls undurchführbar, da sie nur von dem großen Ueberfluß gedeckt werden sollten, der eindrucksvoll in Zahlen nachgewiesen wurde. Einstimmig wurde dem Verlangen der Erwerbslosen stattgegeben. Lediglich gegen die Bestimmung: „Die Verteilung der Mittel unter Kontrolle des Erwerbslosenausschusses durchzuführen“ stimmten die Nazis und Bürgerlichen. Hierauf teilte der Bürgermeister mit, daß er diese Beschlüsse nicht durchführe und bat um „Einsicht“. Ein Einspruch gegen die Beschlüsse sei gar nicht erst nötig. Die volle Ohnmacht der Stadtverordneten wurde damit deutlich bloßgestellt. Der um „Einsicht“ bittende Bürgermeister hat es sogar abgelehnt, u. a. Kaufhaus Schocken zehn bedürftige Familien zu nennen, die ein Weihnachtsgeschenk erhalten sollten. Erwerbslose, erkennt daraus, daß nicht das Parlament, sondern nur der geschlossene außerparlamentarische Kampf auch helfen kann.

Unterbezirks-Parteitage

Am 11. Dezember fand der Unterbezirksparteitag der Lausitz statt. Er beschloß gegen nur einige Stimmen die Bildung eines selbständigen Bezirkes Lausitz und nahm einstimmig das vom U-B-Vorstand vorgelegte Bezirksstatut an.

Die Hauptaufgabe des U-B-Parteitages war die allgemeine Behandlung der innerparteilichen Fragen. Die Genossen Seydewitz und Walcher legten ihren Standpunkt dar. Genosse Seydewitz betonte die unbedingte Notwendigkeit, aus der relativen Isolierung heraus und zur Massenarbeit zu kommen. Er leide dar, daß die große Gewerkschaftsaufgabe unserer Partei sei, in diesem kritischen Moment der Arbeiterklasse an der Bildung der Klassenfront zu arbeiten, daß wir uns auf diese dringende Aufgabe jetzt konzentrieren müssen. Er betonte den prinzipiellen Gegensatz zum Reformismus, den klaren revolutionären Standpunkt der SAP und die Unmöglichkeit der Koalition vor den SPD- und KPD-Funktionären. Er forderte als die Voraussetzung unserer Massenwirkung volle innerparteiliche Demokratie, die Diskussionsfreiheit und Aktionsdisziplin verbunden, und legte dar, daß in diesem Sinne die Prinzipienklärung sowohl als die Grundlage des geschlossenen Handelns als auch als Disziplinbasis des endgültigen revolutionären Programms zu gelten habe.

Genosse Walcher vertrat neben der Gegenwartsaufgabe der Partei in schärferer Form die allgemeine Aufgabe der Partei als der zielklaren Führer zur Revolution, als Gehirn und Auge der Klasse. Auch er setzte sich ein für Massenbewegung und innerparteiliche Demokratie, lehnte die Verzerrung der Prinzipienklärung zu einem Dogma, an dem kein Salz geändert werden dürfe, im Einverständnis mit dem Genossen Seydewitz ab. Doch glaubte er in der Politik der Parteivorstandsmeinheit gewisse Gefahren für die prinzipielle Klarheit der Partei zu sehen.

In einer lebhaften Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß die Auffassungen des Genossen Walcher sich nicht heftig von den Auffassungen des Genossen Seydewitz unterscheiden. Genosse Walcher wurde aufgefordert, daraus die Konsequenzen zu ziehen und eine praktische Zusammenarbeit mit der Parteivorstandsmeinheit zu suchen.

Der U-B-Parteitag machte sich am Schluß der Beratungen gegen wenige Stimmen die Auffassung des Genossen Seydewitz zu eigen und bestätigte damit die Vertrauensklärung für den Genossen Seydewitz, die die Eibauer Unterbezirkskonferenz Lausitz im Oktober ausgesprochen hatte. Auf Antrag des Genossen Arlt stellte sich der U-B-Parteitag auf dem Boden der Resolution des Bezirksparteitages Westfalen-Süd, die die Konzentration der Partei, die Liquidierung der Fraktionsarbeit, die Vermeidung sektenhafter Erstarrung fordert und die Politik der Parteivorstandsmeinheit voll und ganz billigt.

In den Bezirksvorstand wurden einstimmig die Genossen Lorenz, Kießling,

Andriak, Arlt, Moschke, Liebig, Förster und die Genossen Gröllmück gewählt. Dazu kommt ein Vertreter des SJV.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Arlt, Lorenz, Kießling, Moschke als Vertreter; Gröllmück.

Am 7. Januar wird für alle SAP-Gemeindervertreter ein Wochenendkurs abgehalten. Leiter ist Genosse Lorenz.

Der Unterbezirksparteitag hat seine Aufgabe erfüllt. Vorwärts drum zu neuer Arbeit.

Sonntagabend, den 10. Dezember 1932, fand in Dresden eine Unterbezirks-Mitgliederversammlung statt, in der die Genossen Jacob Walcher und Max Seydewitz über „Rolle und Aufgaben der SAP“ referierten. Von den rund 450 versammelten Genossen wurde die nachgesetzte Resolution gegen 3 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen angenommen:

1. Die U-B-Mitgliederversammlung macht sich die Resolution der U-B-Funktionärskonferenz vom 20. November 1932 zu eigen.
2. Sie verlangt vom D-V. die Einberufung des außerordentlichen Parteitag für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr, um durch ihn
3. dem unzulässigen Zustand im D-V ein Ende zu machen, daß erklärte Gegner der Prinzipienklärung, wie die Genossen Klemeis, Siemsen und Kusler, den Kurs der Partei bestimmen, obwohl dieser parteifidele Flugel auf dem Berber Parteitag nur ganze 12 Stimmen erhielt, inzwischen aber dank der schwankenden Haltung der Genossen Seydewitz und Rosenfeld, die politische Schlaukraft der Partei behauptet und die Einheit der Partei gefährdet.
4. Vom außerordentlichen Parteitag erwarten die Mitglieder U-B. Dresden, daß er der Partei eine Führung gibt, die es versteht, die revolutionäre Theorie der Prinzipienklärung mit der politischen Praxis der Partei zu verbinden.

Die Funktionäre der SAP Leipzig faßten mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Entschliebung, in der es heißt:

„Wir fordern die ordnungsgemäße Durchführung eines ordentlichen Parteitag, und zwar möglichst noch vor dem festgesetzten Termin, etwa in der letzten Januarwoche. Die Vorbereitung dieses Parteitages hat unter strengster Beachtung der Prinzipienklärung der SAP durch Einleitung einer gründlichen Debatte über die Aufgaben und die Forderungen der SAP in den kommenden Macht- und Verfassungskämpfen zu erfolgen. Jeder persönliche Kampf ist auszuscheiden. Die Funktionäre des Leipziger Unterbezirks waren die sich bekämpfenden Richtungen, in dem bisherigen Ton fortzuführen. Es steht die Zukunft jeder oppositionellen Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung zur Entscheidung. Die SAP muß unter allen Umständen erhalten bleiben.“

Obersdorf

Die SAP bei den Vertreterwahlen des Konsumvereins. Die SAP hat bei den am 6. Dezember stattgefundenen Vertreterwahlen zum Konsumverein einen Vorsatz unternommen, der ein erfreuliches Resultat zeitigte. Auf der Liste der SPD waren die alten Vertreter wieder aufgestellt. Erstmals trat die SAP mit einer zweiten Liste auf. Durch Stimmengleichheit machte sich ein zweiter Wahlgang erforderlich. Dabei wurde die Liste der SAP mit Max Ullrich, Alma Walter und als Stellvertreter Hans Haiddig, Richard Ullrich mit 21 gegen

17 Stimmen der SPD gewählt. Das geschah, obwohl die Leitung eine Aussprache über die Genossenschaftsbewegung vor den Wahlen ängstlich verhindert hatte.

Das Aufsichtsratsmitglied Bock berichtete über die Lage der OWG. Ein klares Bild über die Genossenschaftsbewegung war daraus nicht zu bekommen. Mit einem Mahnruf, der Genossenschaft die Treue zu halten, schloß er seine Ausführungen, die eine lebhafte Debatte zur Folge hatten. Die zehnmal festgesagte SAP lebt und wird sich auch in der Verteilungsstelle 42 der Oberlausitzer Wirtschaftsgenossenschaft in den Dienst der gesamten Arbeiterklasse stellen.

Löbau

Die Arbeit eines SPD-Sekretärs oder wie sich Schreiber durchs Fenster fliegen sah.

In einem seitenlangen Artikel beschäftigt sich die „Volkszeitung“ wieder einmal mit der Totnesagen. Wir raten jedem, soweit er sich über das geistige Niveau eines SPD-Sekretärs im besonderen und der „Volkszeitung“ im allgemeinen unterrichten will, diesen Artikel zu lesen. Er ist geradezu ein Schmeißer für die sehr Kleintierkramerei, Wichtigkeits- und Schmeißerei an die Stelle politischer Argumentation getreten sind. Eine Seite Druck und nichts gesagt, als einen Vorfall aufgebracht, der so wichtig war, daß ihn alle Beteiligten, außer Schreiber, längst vergessen haben.

Um was ging es denn? Niemand hat daran gedacht, wegen des Parteitages Andersdenkende aus dem Volkspark zu weisen. Das gibt ja auch Schreiber in seinem Artikel selbst zu, indem er sagt, daß auch andere SPD-Größen anwesend waren. Die SAP muß also immerhin noch Interesse erwecken. Aber diese SPD-Größen hatten Verstand genug, den Parteitag nicht durch provozierendes Verhalten zu stören. Reichsbannerleute haben sich stundenlang im Gastzimmer neben dem Verhandlungsraum aufgehalten, ohne daß ihnen von unseren Genossen etwas gesagt worden wäre. Und Schreiber selbst ist ja am Vormittag selbst unbeteiligt geblieben. Wenn er aber gerade dadurch ermutigt worden ist, am Nachmittag wiederzukommen und sich an die Tür des Verhandlungsraums zu setzen, um den Verhandlungen zu folgen, so braucht er sich nicht zu wundern, wenn das von allen Anwesenden als Provokation empfunden wurde. Wenn Schreiber nur etwas proletarischen Anstand besäße, so würde er sich wenigstens dann entfernt haben, als ihn der Genosse Kießling darum bat, Schreiber hat jedoch nur darauf geantwortet, daß es ihm nicht einfiel, zu gehen. Er hat es also seiner Handlungsweise zuzuschreiben, wenn unsere Genossen darüber aufgebracht wurden, daß sie sich in einem Arbeiterlokal so provozieren lassen mußten. Wie groß muß aber der Mut Schreibers gewesen sein, wenn er sich schon bei der hingeworfenen Bemerkung eines Mädchens durchs Fenster fliegen sah. Nun wissen wir es also: es braucht nur ein Mädchen zu kommen und Schreiber fühlt sich schon gemeuchelt.

Wir sind überzeugt, wäre das mit einem unserer Funktionäre in einer SPD-Konferenz passiert, man hätte nicht lange verhandelt, sondern ihn tatsächlich an die Luft gestößt. Wenn Schreiber von unwürdigem Verhalten schreibt, so trifft das wirklich auf ihn zu, und er hätte diesem unwürdigen Verhalten ein schnelleres Ende bereiten können.

Im übrigen, so sind diese Leute. Hinter Türen zu horchen und dann in langen Artikeln zu geifern, wenn sich das die andern nicht gefallen lassen, dazu reicht der Mut. Aber in die Versammlungen der SAP zu kommen und sich mit ihr politisch auseinanderzusetzen, dazu fehlen aber auch alle Voraussetzungen. Schreiber weiß ja nicht einmal, daß der Genosse Walcher Mitglied des Parteivorstandes der SAP ist, bei ihm firmiert er als KPD-Führer aus Berlin!



SJV Chemnitz-Süd. Sonntagabend, 24. Dezember, 15.15 Uhr, Fahrt nach Zöblitz. Fahrgeld RM. 2.50, Uebernachtung RM. 0.80. Wir treffen uns 14.45 Uhr an der Milchhalle. Das Heim ist Sonntag, Sonntag und Montag geöffnet.

Zwickau

Kleiderstoffe
Seidenstoffe!
Herrenstoffe
Paul Gerstner
Zwickau, Bahnhofstraße 6

Arbeiterkalender
„Roter Pionier“
1933
im Taschenformat, 160 Seiten stark
Der einzige Taschenkalender,
der alle Anforderungen erfüllt

Der Kalender kann bezogen werden bei allen SAP- und SJV-Litoblasten, vom Verlag der SAZ oder direkt vom Verlag Roter Pionier (SJV Ortsachsen, Dresden-A 1, Jakobsgasse 5, 1.)

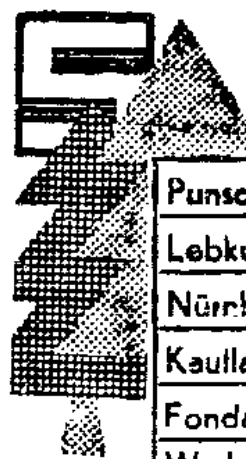
Salzküchen — Obst — Gemüse — Konserven
BACKWAREN
Niedrigste Tagespreise
Lebensmittelhaus Julius Bergfeld
Lessingstraße 10.

Für Weihnachten empfehle Tafeläpfel, alle Sorten Nüsse (neue Ernte), Marinaden, Olsardinen, Lachs in Öl, Festsale, Apfelsinen, Mandarinen, feinste Frucht- und Gemüsekonserven, Schokoladen, Pfefferkuchen.
Bestellungen auf junge letzte Gänse nimmt entgegen
Hermann Triebel.

Wilkau

Felix Häußler
Lebensmittel · Hauptstraße
für das Fest:
Obst- und Gemüse-Konserven, Fisch-Marinaden, Obst u. Süßfrüchte, Aale und Präsentkörbe bekannt preiswert

KAUFHAUS SCHOCKEN



Lebkuchen und Zuckerwaren

Punschlebkuchen	auf Oblaten, 5 Stück in Cellophan	0.38
Lebkuchen	auf Oblaten, mit Schokolade überzogen, 4 Stück in Cellophan, Paket	0.60
Nürnberger Lebkuchen	auf Oblaten, Dose mit 6 Stück	0.95
Kaufladenbeutel	10 verschiedene Packungen gefüllt	0.18
Fondant-Baumbehang	bunt, verschiedene Formen 125 g	0.18
Weihnachtsmann	mit Baum, ca. 18 cm hoch	0.25

139 Inseratform geschützt

Für das Weihnachtsfest empfehle zu allerbilligsten Tagespreisen: Geräucherte Fett-Aale, Olsardinen, sämtl. Fisch-, Gemüse- und Frucht-Konserven, Trockenobst, Wal- u. Hasel-Nüsse, feinste rote Tafel-Äpfel sowie Frühstückskörbe in geschmackvollen Ausführ. u. jeder Preislage
Paul Jausch, Wilkau Sa.

Radio-Apparate
Elektr. Bedarfsartikel
zu billigsten Preisen und bequemer Teilzahlung in
Elektrohaus Kurt Martin
Wilkau, Haltpunkt

Plauen

Kanarienhähne
fleißige Sänger, bei
Gen. G. Gorges
Plauen i. V., Scheffelstr. 7

Therese will nicht in die Klinik Das widerpenstige Wundermädchen

Nach einer Meldung der „Münchener Zeitung“ soll Kaplan Fehsel in einem Vortrag in Lichtenfels erklärt haben, Therese Neumann werde der bischöflichen Forderung, sich in einer Klinik untersuchen zu lassen, nicht Folge leisten. Diese Weigerung dürfte jedoch nicht als Ungehorsam angesehen werden. Die bischöfliche Forderung sei nur der Ausdruck eines Wunsches, nicht eines Befehls gewesen. Ein Befehl zu Untersuchung könne durch die kirchlichen Behörden nur dann erteilt werden, wenn Therese Neumann eine neue Heillehre aufstelle, oder wenn sie als Schwärmerin oder Fanatikerin auftritt.

Nachdem dies aber bis heute nicht der Fall sei, habe die Kirche keinen Anlaß, die Untersuchung zu fordern. Nicht Eigensinn oder Furcht hatten Therese Neumann vor dem Aufsuchen einer Klinik ab, nur die Eingebung ihrer „inneren Stimme“, der sie als Mystikerin allein Gehorsam schulde.

Arbeitslose einmal herhören!

Immer wieder ist darauf hingewiesen worden, daß das Ziel der Lohnherabsetzungen und des Unterstützungsstrabes der deutschen Kapitalisten ist, das Lebensniveau der deutschen Arbeiterschaft auf die Verhältnisse der chinesischen und japanischen Proletariat herabzudrücken. Inzwischen hat die Offensive der Kapitalisten derartige Fortschritte in Deutschland gemacht, daß eine vollkommene Wendung eingetreten ist; waren bisher die japanischen und chinesischen Arbeiter und ihr Schicksal ein warnendes Beispiel für die deutschen Arbeiter, so sind nun die deutschen Arbeiter zum Beispiel für die japanischen Proletariat geworden. Bei einer von Tausenden von Arbeitslosen besuchten Versammlung in Hakodate in Japan hielt ein Baron Inomuka eine Ansprache an die Arbeitslosen, in der er sie ermahnte, die Sicherheit des Staates nicht durch Demonstrationen und Unruhen zu gefährden. Als Vorbild sollten sie sich ihre deutschen Schicksalskollegen nehmen, die von den Arbeitslosen der ganzen Welt die diszipliniertesten und „gesittetsten“ wären, obwohl es ihnen sicher am schlimmsten ginge.

Freiheitskrawatten — Stück für Stück 48 Pfennig!

Zur Belobung der Eisernen Front ist ein neuer Schläger erfunden worden. Nach dem sich Severing in Seide („Ich weiche nur der Gewalt“) etwas überlebt hat, kommt — die Freiheitskrawatte! In einem Rundschreiben, das der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Johannes Thauer aus Krefeld (Angestellter des Bauwerksbundes und M. d. R. mit rund 1000 Mark Monatseinkommen — aber das langt offenbar noch nicht), an die Organisationen der Eisernen Front verschickt, werden sie als „sehr geschmackvoll“ empfohlen; auf gute Qualität sei besonderer Wert gelegt.

Die Preisgestaltung ist ein wenig auffallend: 48 Pfennig ist ja für so etwas nicht gerade ein alltäglicher Preis. Aber wir sind nach kurzem Nachdenken rasch darauf gekommen, was der Grund für diese Preisfest-

setzung sein muß: die Zahl 48 darf bei einer Freiheitskrawatte natürlich nicht fehlen! Das Rundschreiben, das uns vorliegt, zeigt auch eine Abbildung der Freiheitskrawatte: auf rotem Grund (huch, wie radikal!) wimmelt es nur so von silbernen Pfeilen. Wir haben einen Verbesserungsvorschlag. Wie wäre es, wenn man zwischen die Pfeile überall ein großes Paragrafenzeichen und die Zahl 48 einfügen würde? Das würde den künstlerischen Wert der Freiheitskrawatte entschieden heben — und ihr vor allem großen Wert als politisches Aufklärungsmittel geben!

„Zur Volksverdummung geeignet“

Die Kirchen aller Konfessionen und Länder sehen sich genötigt, mit allen Mitteln der modernen Technik den Versuch zu machen, ihre Schäfchen bei der Stange zu halten. Die englischen Behörden haben einer ganzen Anzahl religiöser Vereine und Organisationen die Erlaubnis erteilt, in Kirchen Filmvorführungen zu veranstalten. Eine Reihe religiöser Filme ist bereits fertiggestellt worden. Sie werden, nachdem der Inhalt von den kirchlichen Instanzen geprüft und zur Volksverdummung geeignet befunden worden ist, zur Aufführung gelangen.

In der Kathedrale von Chartres in Frankreich ist eine Lautsprecheranlage modernsten Stils eingebaut worden. Sie wird zum ersten Male beim Weihnachtsgottesdienst in Gebrauch genommen werden können. Trotz Film und Radio in den Kirchen neigt sich die Macht der Kirche über die Geister und dem fortschreitenden Niedergang der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ihrem Ende zu.

Öffentliche Meinung zu verkaufen!

Im „Berliner Tageblatt“ vom 15. Dezember findet sich ein Inserat, das es verdient, im Wortlaut hier wiedergegeben zu werden:

„Alte große Tageszeitung von Weltruf zu verkaufen.“

Da die jetzigen Eigentümer ohne Leibeserben sind und sich vorgerückten Alters wegen ins Privatleben zurückziehen wollen, ist die einzigartige Gelegenheit geboten, in den Besitz eines hochangesehenen, weltbekannten Blattes von größter internationaler Verbreitung zu gelangen. Die Zeitung ist hochrentabel. Bilanzmäßig nachweisbarer und durch beidseitige Buchsachverständige jederzeit überprüfbarer Jahresgewinn selbst in den letzten Weltkrisenjahre 400 000 bis 500 000 Goldmark. Es kommen nur große Konzerne oder internationale Finanzgruppen als Käufer in Betracht, da der Verkaufspreis nicht nur dem tatsächlichen Ertragnis, sondern auch dem hohen publizistischen Werte des Blattes als anerkanntem Weltblatt entsprechen muß. Nur seriöseste Persönlichkeiten, die sich als solche durch beste Referenzen ausweisen können, kommen als Mittelsperson in Betracht. Am besten direkt Beauftragte der Konzerne, die sich um den Kauf bewerben wollen. Zuschriften unter „R. B. Millionenobjekt“ an Rudolf Mosse, Hamburg 36, erbeten.“

So wird in der bürgerlichen Demokratie öffentliche Meinung gemacht, so werden

Wahlen wirkungsvoll vorbereitet, so wird Gesinnung gekauft und verkauft — und dieses Geschäft ist in vielfacher Beziehung hochrentabel. Seriose Persönlichkeiten an die Front! Wie wäre es mit dem Millionenobjekt, Herr Hugenberg?

Max Schmeling als Schloßherr

Die bürgerliche Rekordsucht hat in Schmeling ihren lebendigsten Ausdruck gefunden. Maxens Weltmeisterschaft ist nicht ohne gutes Auskommen.

Jeder Boxweltmeister hat seine bestimmten Eigenschaften an sich. So war Demosy der Mann mit der Wachsnase und den Filmstar Allüren. Tunney war der große „geistige“ Boxer. Sozusagen „der Mann von Niveau“. Und unser guter Schmeling? Er hat gleichfalls den Ehrgeiz, durch etwas nicht Alltägliches ein Boxerheld zu werden. Er ist mit dem steigenden Dollarsegen ein immer besserer Bourgeois geworden. Erst spielte er nur Golf, später hielt er sich Reitpferde, dann packte ihn die Jagdpassion, und jetzt wird Schmeling Schloßherr.

Es ist in den Zeitungen zu lesen, daß Schmeling das bei Pollnow in Pommern gelegene Schloß Vetrin kaufen will. Zu dem Schloß sollen 3200 Morgen Wald gehören, so daß er also Jagdgelegenheit im Überfluß haben wird. Das Schloß ist kurz vor dem Kriege erbaut und zunächst Ruhsitz des Staatsministers Grafen Schwerin gewesen. Später gehörte es viele Jahre dem Hamburger Großkaufmann und Rennstallbesitzer Otto Traun.

Nun will sich also Deutschlands erster Boxweltmeister dort niederlassen, um sozusagen den Rittern vom Fausthandschuh einen Stammsitz zu geben. Es fehlt eigentlich noch, daß Schmeling ob seiner großen Verdienste geadelt wird.

Das ganze Treiben um Schmeling ist die Erscheinung bürgerlicher Versumpfung. Die bürgerliche Rekordsucht auf dem Sportgebiete ist eine echte Sumpflüthe des zerfallenden Kapitalismus.

„Es lebe der bürgerliche Sport!“

In Kansas City ist der amerikanische bürgerliche Sportler und Meisterschwimmer George Saddle, der auch an den olympischen Kämpfen teilgenommen hatte, ertrunken. Das geschah so: Saddle war eine Zierde des bürgerlichen Sports und so war es für ihn ganz selbstverständlich, daß er sich unbeschadet seines sportlichen Ansehens auch das öftere maßlos betrinken durfte. Auf dem Heimweg von einer solchen tollen Zecherei stolperte er über einen Balken, stürzte zu Boden und geriet mit dem Gesicht in eine Pfütze. Infolge des starken Alkoholgenußes war der bürgerliche Meistersportler nicht imstande, sich zu erheben und ertrank in dem 10 Zentimeter tiefen Wasser. Es lebe der bürgerliche Sport!

Strafe muß sein

„Hindenburgbild umsonst abzugeben wegen Anschaffung eines Hitlerbildes. Anschriften unter U. K. 635 an Braunschw. Landeszeitung.“

Inserat in der „Braunschw. Landeszeitung“ 29. November. (Das Tagebuch.)

Basel. Am Sonnabend kurz vor 18 Uhr fuhr dicht beim Bahnhof Orlikon, etwa fünf Kilometer von Zürich entfernt, ein Lokzug auf eine Lokomotive in voller Fahrt auf, die anscheinend auf dem Gleis vergessen worden war. Bei dem Zusammenstoß löste sich die elektrische Zuglokomotive von dem Packwagen los, verkehrte sich in die Dampflokomotive und sauste mit ihr bis fast zum Bahnhof Orlikon hinein. Der Packwagen des Zuges und der nachfolgende Drittklassen-Personenwagen wurden ganz ineinander verschachtelt. Der Personenwagen hob den Packwagen in die Höhe, so daß dieser teilweise auf den Personenwagen selbst fiel. Durch den Stoß und die schwere Zerkümmung des Wagens wurden mehrere Fahrgäste getötet, eine Anzahl weiterer mehr oder weniger schwer verletzt.

Schiffsbrand in Le Havre Fünf Personen ums Leben gekommen

Paris, 18. Dezember. Im Hafen von Le Havre geriet ein französisches Tankboot, das 1800 Ballons Brennstoff geladen hatte, aus noch unbekannter Ursache in Brand. Das Feuer griff schnell auf einen daneben liegenden Leichter über. Beide Schiffe gelten als verloren. Bei den Löscharbeiten erlitten zwei Personen so schwere Brandwunden, daß sie im Krankenhaus starben. Drei weitere Personen werden vermißt; sie sind anscheinend ertrunken.

Seuche in Peru?

Eine geheimnisvolle Seuche, möglicherweise das gelbe Fieber, wütet unter den indischen Farmern des Lares-Tales nahe bei Cuzco. 300 Menschen sind der Seuche bereits erlegen.



Oskar Maria Graf: Einer gegen Alle. Universitas Deutsche Verlags-A.G., Berlin.

Dieses Buch nicht zu lesen, ist ein Gewinn. Es gibt schon genug der Art. Nun erzählt uns auch noch Graf von einem „Vagabunden“, von einem, der aus dem Krieg kommt und sich nicht in den Frieden hineinfinden kann. Dieser Mensch aber, den er uns da vorstellt, hat zu wenig Lebendigkeit. Er ist kein Knecht und kein Soldat, auch kein Landsknecht, kein Held und kein Abenteurer, kein Bauer und kein Städter, kein Bürger und kein Revolutionär. Er ist nicht gut und nicht böse, aber er ist brutal, gemein und roh. Er ist aufrichtig und verlogen, er ist dumm und raffiniert, listig und einfältig. Sein Tun ist nicht notwendig, ist nicht zusammenhängend. Es ist so, wie es gerade in die dürrtliche Handlung paßt. Bayern nach dem Kriege ist der Schauplatz. Die Räterepublik, die Konterrevolution, Aufstand, Hölz im Vogtland, von all dem etwas, und fertig ist die Kulisse. Panoptikum Bild Nr. 2 mit der Unterschrift: Bayern unter roter Herrschaft. So geht es nicht. Dem Buch fehlt die Verantwortung vor den Menschen, vor dem Problem; der Mensch in der neuen Ordnung (das durch einen Vagabunden überhaupt falsch gestellt ist) und vor diesem entscheidenden Abschnitt der Geschichte; dem Ersticken der Revolution. P. B.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verl. für Literatur und Politik, Wien VIII.

Eine Empörung, die ich schon kannte, jagte mir das Blut in den Kopf. Ich konnte auch nicht einmal eine Anspielung auf Gewalttätigkeiten gegen Frauen hören. In solchen Fällen hatte ich das Gefühl, als beleidigte mich jemand persönlich, und als müßte ich mich sofort und erbarmungslos verteidigen. Und so etwas geschieht bei uns in der Kommune! Die Frau hier kennt ihren Wert schon und ist gewohnt, sich selbst als Menschen zu achten. Und gerade hier, in der Kommune, habe ich gelernt, mein Selbstgefühl zu steigern und für meine Unabhängigkeit zu kämpfen.

„Das ist doch eine Schweinerei, Wjetrow. Das muß grausam bestraft werden. Was heißt denn das?“

„Na, na, das kenne ich schon... du bist gleich wie im Fieber, kommst in Wut, greifst nach der Pistole... ja, nun...“

„Das ist kein Fieber, Wjetrow. Ich bin in Wut geraten. Das stimmt. Leichtfertigkeit in diesen Sachen ist sträflich. Hier, in der Kommune müßte nicht nur das Prügeln der Frauen verboten sein, es müßte auch untersagt werden, grob gegen sie zu sein und sie zu bedrohen. Hast du die Tschuschkina gerufen und Bankin?“

Ich warf rasch mein warmes Tuch um und lief mit Wjetrow aus meinem Zimmer. Unterwegs rannte ich zur Tschuschkina, weckte sie und half ihr in die Kleider. Wjetrow holte inzwischen Bankin.

Dunja Schubin trat in des Sowjetbüros als erste ein, hinter ihr kam ihr Mann, ein pockennarbiger Bursche, mit einem staubigen

Bärtchen. Alle setzten sich an den Tisch. Dunja saß da, kerzengerade, die Brust noch vorn gestreckt, ein fieberhaftes Rot auf dem wütenden Gesicht, die Augen unversöhnlich. Der Mann duckte sich hinter ihr zusammen. Er war verlegen, lächelte wie ein Dieb, den man am Nacken gepackt hatte. Die Tschuschkina gähnte, ihre Augen waren vom Schlaf trüb, böse und rot, als hätte sie geweint.

Wjetrow spielte den Strengen, sah gutmütig und spöttisch, die Stirn runzelnd, Dunja in die Augen.

„Also, was ist geschehen? Leg los. Hast uns aus den Betten hergeschleppt, das bedeutet also eine ernste Angelegenheit.“

Schubin wurde plötzlich wütend und keuchte erbittert.

„Warum machst du so einen Lärm in später Nacht, warum rüttelst du die Leute auf? Niemand interessiert sich für deinen Stunk...“

Dunja sprang auf und dängte sich mit Brust und Kinn zu ihm.

„Ach, so denkst du? Merkst auch das, Genossen... Ihr hört nun selbst. Mein Stunk ist das, so? Nun gut. Man soll nun wissen, wie dieser... wie mein Stunk aussieht. Zwischen Mann und Frau gibt es in unserem Kollektiv keinen persönlichen Stunk, wenn es bis zum Prügeln kommt, Genossen. Ja! Hast du mich geschlagen? Ja? Sprich! Sag die Wahrheit.“

„Ja, ja, ich habe sie geschlagen... nun, und wenn schon? Jeder würde so ein Weibstück wie du es bist, prügeln!“

„Ach so! Nun, Genossen, hört ihr? Und wofür? Heute, am Tag, als ich von der Arbeit nach Hause ging, führte ein junger Bursche einen Reigentanz an... ich tanzte auch mit und dachte mir gar nichts dabei... Ist es denn möglich, daß man sich nicht einmal unterhalten darf? Das ist doch in keiner Weise bei uns verboten. Wahrscheinlich sah er mich dort... den ganzen Abend brüllte er mich heute an und schlug um sich wie ein Stier... da sagte ich ihm meine Meinung. Darf ich mich verteidigen oder nicht? Auf meine Verteidigung mit Worten haute er mir mit ganzer Kraft eine runter... Und wenn es das Auge getroffen hätte...“

und wenn ein blauer Fleck geblieben wäre. Was dann? ... Und das alles geschieht in einer Kommune! ... Ja? ... Der Mann schlägt seine Frau... Darf man das zulassen? Ich kenne unsere Gesetze. Ich bin eine Frau eines freien Staates. Wir sind hier nicht im Dorf. Hier darf nicht geprügelt werden. Bitte, erklärt ihm doch seinen Charakter.“

Voller Empörung setzte sie sich wieder und atmete laut und erregt.

Bankin betrachtete Dunja und ihren Mann und lächelte seelenlos.

„Ja... in großen und ganzen, ein Alltagsdrama... ein Ehekonflikt... Die Sache muß haargenau analysiert und durchgearbeitet werden.“

Tschuschkina schwieg und studierte mit ihren bösen Blicken die beiden Schubins.

Es schien mir, daß die Sache keiner besonderen Untersuchung benötige. Alles war klar, wozu also viele Worte verlieren? Ich zitterte vor Wut.

„Es hat keinen Sinn, hier lange herumzureden. Schubin ist auszuschließen.“

Dunja zuckte erschrocken zusammen, und ihre Blicke bohrten sich erstaunt in mich.

Schubin beugte sich langsam, ohne etwas zu verstehen, zu Wjetrow. Dunja packte mich am Ärmel.

„Warte mal... warte mal, Lehrerin. Was hast du gesagt?“

„Ich glaube ich sprach sehr klar. Schubin ist aus der Kommune auszuschließen.“

Schubin zuckte mit den Augen, kretzte den Kopf.

„Das heißt... wieso ausschließen? ... Wofür?“

„Für Eifersucht... für das Prügeln...“

„Na so was... sie ist doch meine Frau, oder vielleicht ist sie's nicht?“

„Nun, und das bedeutet, daß du... Quatsch...“

Schubin lächelte, und seine gelben, schrammigen Zähne wurden sichtbar. Er machte eine abwehrende Bewegung.

„Was verstehst du eigentlich unter ‚Frau‘, Genosse? Kennst du die Statuten? Womit unterscheidest sich deine Frau zum Beispiel von mir oder von der Tschuschkina?“

„Das hast du gesagt... du bist... du — und die Ehefrau ist ganz was anderes.“

Ich brauste auf und schrie ihn an.

„Was ist das für eine tolle Ansicht über die Ehefrau? Weil sie deine Frau ist, darfst du sie prügeln, sie in Unterwürfigkeit halten, sie in einem fort beobachten? Das ist Barbarei. Ich fordere sofortigen Ausschluß.“

Wjetrow sah mich, die Tschuschkina und auch Bankin verlegen an und schüttelte den Kopf.

„Vielleicht verschieben wir den Beschluß bis morgen, Genossen? Ja nun, Morgen reden wir mit frischem Kopf noch einmal darüber. Eile ist hier nicht am Platz. Wir regulieren's schon.“

Ich schlug mit der Hand auf den Tisch.

„Auf keinen Fall, Genosse Wjetrow, du verwischst die Sache... was soll das heißen!“

Schubin stand ganz verwirrt auf und verschluckte sich.

„Genossen, was ist los? ... Wofür, Genossen? ... Ihr wißt ja... wirklich Ehrenwort... das Herz hielt's nicht aus...“

Ich kam in Wut und heckte auf ihn ein:

„Was heißt das: das Herz hielt's nicht aus? Du lebst hier in anderen Beziehungen zu den Menschen als im Dorf, Genosse. Du bist ein sozialer Mensch, du bist diszipliniert. Und deine Handlungsweise ist ein Schlag gegen die Lebensweise der ganzen Kommune. Du hast, mein Lieber, nicht allein deine Frau geschlagen, du hast Zersetzung in die Kommune gebracht. Verstehst du?“

Dunja erblaßte, verlor sich ganz, ließ die Arme fallen und öffnete den Mund wie ein Fisch. Sie lächelte unter Tränen, sie bäumte sich auf.

„Genossen, ich hab's doch nicht dazu erzählt, daß... wollte ich's denn... hätte ich gewußt, daß die Sache sich so drehen wird, dann hätte ich, dumme Gans, doch kein Sterbenswörtlein gesagt... wofür Genossen... Wofür wollt ihr ihn aus der Kommune jagen? ... Wohin soll er denn gehen? ... Wir leben doch nicht das erste Jahr zusammen... ich erzählte es nur damit ihr ihm ein paar Rippenstöße versetzt, ihm ein wenig den Kopf wascht... Was soll das?“

(Fortsetzung folgt.)

„Um die Zukunft der Gewerkschaften“

Unter diesem Titel schreibt Karl Zwing, Jena, in dem von ihm redigierten „Gewerkschaftsarchiv“ den Leitartikel im letzten Heft. Man muß dabei bedenken, daß Karl Zwing noch vor kurzem Verfechter der Wirtschaftsdemokratie war, um die Wandlung voll zu bringen, die Zwing unter dem Druck der letzten politischen Ereignisse durchzuführen mußte.

Er geht zunächst von dem Wahlergebnis vom 6. November aus und kommt zu einer Kritik der ADGB-Führung. Er schreibt:

„Auch bei dieser Wahl sind die Gewerkschaften durch ihre Hauptführung nicht für proletarische Einheit und proletarische Konzentration eingetreten, sondern offiziell voll und ganz für die Sozialdemokratische Partei. Wenn in Wahlbetrachtungen der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftspressen der Genugtuung Ausdruck gegeben wird, daß ein Einbruch in die Marxistenfront nicht gelungen sei, so ist diese Genugtuung doch mehr als bescheiden.“

Auch wir sind mit Zwing der Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, den Ursachen der seit 1928 rückläufigen Bewegung der Wahlergebnisse nachzuspüren, als sich damit zu trösten, daß die marxistische Front unerschütterlich stehe.

Nachdem Zwing versucht hat, die Bindung zwischen ADGB-Führung und Sozialdemokratischer Partei mit menschlich-psychologischen Gründen zu erklären, kommt er zu folgender Feststellung:

„Die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei durch die Gewerkschaftsführung sieht zudem nur jetzt traditionell aus. Es ist noch nicht geschichtlich lange her, da die heutigen Gewerkschaften, die jetzt als Anhängsel der Sozialdemokratischen Partei erscheinen, schwer gegen die Zuspaltung der Sozialdemokratischen Partei, die Gewerkschaften als ihr Anhängsel zu betrachten, ankämpften. Legien hatte die Führung in diesem Kampfe und wir glauben, auch der jetzige Bundespräsident Leipart war sehr aktiv in diesem Kampfe, und da sie die wertvollen Kräfte der damaligen jungen Gewerkschaftsgeneration in ihrer Front hatten, so wurde dieser Kampf zugunsten der Selbständigkeit der Gewerkschaften entschieden. Ja, und auch heute, wo sich die Gewerkschaften selbst zum Anhängsel der Sozialdemokratischen Partei herabwürdigten, geben sie einer überalterten, müden und vielfach abgekämpften Partei erst das Blut und die Energien, die eine politische Partei braucht, um überhaupt existieren zu können.“

Das ist deutlich gesprochen. Und wir müssen sagen, der gute Zwing hat sich hier sehr weit vorgewagt, er kann das aber tun, weil er als erfahrener Gewerkschaftler weiß, wie die Stimmung in den Massen der Mitgliedschaft ist. Doch eines übersieht Zwing hierbei, nämlich die Tatsache, daß die Legien und Leipart sich seinerzeit deshalb dagegen wandten, Anhängsel der SPD zu sein, weil ihnen damals die Sozialdemokratische Partei zu radikal, zu revolutionär war. Heute weist Zwing unseres Erachtens mit Recht auch darauf hin, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsfunktionäre mit der Bindung an die reformistische Politik der SPD nicht einverstanden ist, aber die „traditionelle eiserne Gewerkschaftsdisziplin“ zwingt diese Kritiker in der Öffentlichkeit zum Schweigen und „das im Laufe langer Jahre und Übung eingebürgerte Meinungsmonopol“ tut ein übriges, um Kritik nicht aufkommen zu lassen. Uns scheint, daß Zwing die selbständige Rolle des Gewerkschaftsapparates bei seinen an sich richtigen Feststellungen unberücksichtigt läßt.

Zwing schließt den Aufsatz wie folgt:

„Dieser Alarmanfussatz wendet sich warnend an die Gewerkschaftsführung, ihre bisherige sozialdemokratische Parteipolitik aufzugeben und dem Gebot der Stunde: eine große überparteiliche, proletarische Politik einzuleiten, Folge zu geben.“

Sie wird zu wählen haben, das jetzige Anhängsel einer im Abstieg begriffenen politischen Partei zu bleiben und mit dieser Partei vor der Erfüllung ihrer eigentlichen geschichtlichen Aufgaben von der Bühne der Gesellschaftsentwicklung wieder abzutreten, oder: sich durch Einleitung einer echten und reinen proletarischen Politik zu dem großen proletarischen Block zu entwickeln, den unsere zerrissene, mit vielen Problemen geschwängerte Zeit wirklich braucht.“

Wenn wir auch mit den etwas verschwommenen Formulierungen „einer echten und reinen proletarischen Politik“ uns nicht einverstanden erklären können, sondern dafür eingesetzt wünschten einer revolutionär nach marxistischen Grundsätzen orientierten Politik, so müssen wir doch sagen, daß wir die Tendenz des ganzen Artikels vollinhaltlich unterschreiben.

Wir registrieren deshalb den Artikel so ausführlich, weil er nicht von irgendwem und in irgendeinem Blatt geschrieben ist, sondern immerhin in der in Gewerkschaftskreisen weit verbreiteten „Monatsschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung“ enthalten ist, die jetzt bereits im 9. Jahrgang erscheint und wohl von allen freigewerkschaftlichen Büros gelesen wird. Der

Artikel selbst kann als ein Symptom für die wachsende Unzufriedenheit in Funktionärskreisen gewertet werden, zu deren Wortführer sich Zwing aufschwingt. Für uns ist das ein Signal, unsere zielklare Oppositionsarbeit in den freien Gewerkschaften zu verstärken, um dadurch das Instrument zu schaffen, das für eine erfolgreiche proletarische Revolution eine der wichtigsten Voraussetzungen ist. Hegla.

DMV-Versammlung in Eibenstock

In der letzten Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes war der Kollege Auerswald, Löbnitz, von der Ortsverwaltung Aue beauftragt, die Vertreterwahl auf das Jahr 1933 durchzuführen und uns einen Vortrag zu halten. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß an den heutigen Zuständen, dem Elend usw., die Arbeiter selbst schuld seien. Durch Spaltung der Arbeiterschaft in fünf Arbeiterparteien, durch Nörgelei, Schimpferei und dergleichen wäre die Arbeiterschaft geschwächt. Mit 75% Unorganisierten im Auer Bezirk könne man keinen Kampf führen usw.

In der Diskussion kritisierte Kollege Meinel (KPD) mit Recht die Verhandlung des ADGB-Vorsitzenden Leipart mit Schleicher. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde dagegen protestiert und gefordert, außerparlamentarische Massenkaktionen einzuleiten.

Kollege Dörfel (SAP) führte aus, daß wir in dieser sehr ersten Zeit einen anderen

Wir fordern Amnestie!

Weimar, 18. Dezember

In einer Mitgliederversammlung der Proletarischen Klassenwehr Weimar wurde nach einem Referat des Gen. Friedrich (SAP) folgende Entschliebung an das Reichsjustizministerium angenommen:

„Die Proletarische Klassenwehr nahm nach einem Referat über die politische Lage zur Frage der Amnestie der politischen Gefangenen Stellung. Mit Entrüstung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß selbst die vom Reichstag beschlossene, uns garnicht befriedigende Amnestie von gewissen Kreisen sabotiert werden soll. Wir fordern die Niederschlagung aller politischen Prozesse, die gegen Proletarier eingeleitet sind, sowie die Niederschlagung der Strafprozesse, die wegen Eigentumsvergehen aus wirtschaftlicher Not und wegen Vergehen gegen die §§ 218 und 219 vor den Gerichten schweben. Für alle Verurteilten fordern wir Amnestie, für alle politischen Gefangenen und für die wegen obiger Vergehen Inhaftierten die Freilassung.“

München, 17. Dezember.

CNB Wie die „Neue Zeitung“ meldet, waren im Landtag und bei der Staatsregierung am Freitag Arbeiterdelegationen erschienen, um gegen den Einspruch der Bayerischen Staatsregierung gegen die Durchführung der vom Reichstag beschlossenen Amnestie zu protestieren. Auch beim Landtagspräsidenten wurden fünf Vertreter der Delegation vorstellig.

Vortrag erwartet hatten. Ueber Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften, über Möglichkeiten der Mitgliederwerbung und Stellungnahme zum Freiwilligen Arbeitsdienst, darüber zu sprechen, wäre viel wichtiger gewesen. Wenn man den Mitgliedern heute den Vorwurf macht, daß sie an großen, wichtigen Gewerkschaftsfragen nicht teilgenommen haben, dann müsse man auch die wirklichen Gründe sagen. Wir fragen: Wo bleibt das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, die innergewerkschaftliche Demokratie? Zum Beispiel fordern die Bauarbeiter in Eibenstock seit längerer Zeit eine Mitgliederversammlung. Der Geschäftsführer Josef Müller, Aue, hat aber kein Interesse an einer Versammlung (er fürchtet wohl die Kritik betreffs FAD), er ist aber bereit, einen Lichtbildervortrag über Schleusen (!!) zu geben. Dafür bedanken sich aber die Bauarbeiter. Der Kollege J. Walcher sollte am 2. Dezember in einer DMV-Versammlung in Zwickau sprechen. Was ist der Gewerkschaftsbeamte? Er frug beim Vorstand an, ob Koll. Walcher überhaupt würdig wäre, zu sprechen. (!!)

Koll. Dörfel wandte sich weiter gegen den Mißbrauch der Gewerkschaften als SPD-Wahlmaschine. Auch protestieren wir gegen die giftige Rußland-Hetze in der „Metallarbeiter-Zeitung“. Wir wissen, daß Rußland noch kein Paradies ist, daß aber der russische Arbeiter opfer, hunger und friert für seine Klasse, daß es aufwärts geht; wir aber dagegen verhungern, damit der Kapitalismus am Leben bleibt. Den Kampf dagegen scheuen die Gewerkschaften und SPD, wie der Teufel das Weihwasser.

Zum Schluß brachte Koll. Dörfel folgenden Antrag ein:

„Für einheitliche Klassenfront und gegen die „Eiserne Front!“ Der Kampf gegen Faschismus kann nur erfolgreich sein, wenn er zugleich ein Kampf ist gegen Lohnraub und Lohnräuber, gegen den kapitalistischen Staat und besonders auch gegen die Schleicher-Regie-

Neuer Reichsanstalts-Präsident

SPD-Lobeshymnen auf Syrup

Da der bisherige Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, zum Reichsarbeitsminister ernannt worden ist, wurde der Präsident des Landesarbeitsamtes Südwest, Källin, mit der Leitung der Reichsanstalt kommissarisch beauftragt.

Diese Ernennung benützt der „Vorwärts“ wieder einmal, um Herrn Syrup zu beweihrüchern, wie das die ganze SPD-Presse anlässlich der Ernennung Syrups zum Arbeitsminister getan hat. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft steht Herrn Källin einstweilen mit großer Reserve gegenüber. Hoffentlich gelingt es ihm, sich wenigstens in die bisher von Dr. Syrup eingehaltene Linie eines loyalen Ausgleichs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern (!!) hineinzufinden. Bis jetzt hat Källin es nicht verstanden, mit der Arbeiterschaft in Fühlung zu kommen.“

Es ist schlechterdings — selbst vom SPD-Standpunkt aus — unverständlich, warum die SPD- und ADGB-Führung ausgerechnet den

allerschlimmsten Reaktionär Dr. Syrup ständig beweihrüchert. Er ist derselbe Syrup, der die gewaltigen Ueberschüsse auf Kosten der Arbeitslosen in der Reichsanstalt machte und sie triumphierend der Reichskasse überwies.

Es ist derselbe Syrup, der den Freiwilligen Arbeitsdienst einführt und ihn mit allen Mitteln, ebenfalls auf Kosten der um ihre Unterstützung betrogenen Arbeitslosen hochpöpelte. Unter seiner Führung ist der FAD immer mehr zu einer Lohndrückerkanzel gegenüber den im Tariflohn Beschäftigten geworden, so daß 100.000 Tariflohnarbeiter erwerbslos gemacht und in den FAD gezwungen wurden.

Derselbe Syrup war es auch, der die ganzen Jahre die schikanösen und bis aufs Blut ausbeuterischen Bestimmungen gegen die Angestellten der Arbeitsämter erließ.

Und diesen Mann lobt die SPD-Presse wegen seines „loyalen Ausgleichs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“!

SPD-Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder und Arbeitslose, was sagt ihr dazu?

Nazi-Politik in Oldenburg

Je länger die Regierung Röver im Amt ist, um so mehr räumt sie auf mit früheren „Grundsätzen“. Vom Ministerium wurde eine willkürliche Zusammenlegung von Gemeinden verordnet, um dadurch die Finanzen zu retten. Die Folge: starker Protest seitens der Gemeinden und Beamten, deren Existenz in Gefahr kommt. Auch zu dieser Maßnahme griff die Nazi-Regierung nur, um die wenigen mißliebigen Beamten auszuschiffen. Neben dem Abbau von unteren Beamten sind 5 Ministerialräte (darunter der Zentrumsabgeordnete Wegmann) dafür auszuweichen.

Auf dem Gebiet des Schulwesens wirkt diese Verwaltungsreform noch katastrophaler aus, und zwar für die Volksschule. Nicht weniger als weitere 80 Volksschullehrerstellen sollen eingespart werden. Dies hat auch wieder seine bestimmtesten Ursachen; denn die Junglehrer sind im Gegensatz zu den Justiz- und Verwaltungsanwärtern schlecht auf die Nazibewegung zu sprechen. So versucht man sie durch einen einseitigen Lohnabbau gefügig zu machen. Nach einer Verfügung vom 3. November gelten rückwirkend vom 1. Oktober folgende Gehälter für Schulamtsanwärter: für Akademiker 200 M. für Mittelschullehrer 170 M. und Volksschullehrer 120 M., solange sie nicht in höhere Stellungen aufstiegen. Ein Aufstieg ist aber nach dieser Verordnung in den kommenden Jahren unmöglich gemacht für alle, die nach dem 1. Oktober eingestellt werden sollten.

All diese Maßnahmen lassen eine ungeheure Unordnung in der Finanzverwaltung des Landes vermuten. Berge von unbezahlten Rechnungen liegen im Ministerium, während für die Organisation des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ und der Bürgerkriegerhorden sicher Geld flüssig gemacht wird. Diese Finanzschwierigkeiten sollen den Finanzminister Pauly bewegen haben, von seinem Posten zurückzutreten. Pauly ist erst parteiamtlichseits gezwungen worden, im Amt zu bleiben.

Dieser Beschluß läßt allerdings Deutungen zu. Wie uns mitgeteilt worden ist, sollen die Differenzen unter den Ministern so scharfer Natur sein, daß sie sogar handgreiflich zum Austrag kamen.

In der Landwirtschaftskammer sitzt eine Nazimehrheit. Sie tut genau dasselbe, wie die Regierung; alle Anträge der Bauern auf Steuererleichterungen und dergleichen werden ohne Abstimmung den

regung, die durch ihre Politik Lohnraub und Faschismus fördert. Daher lehnt die Versammlung die sogenannte „Eiserne Front“ der staatsbehaltenden Republikaner ab. Die Versammlung bekennt sich zu dem marxistischen Grundsatz: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, und fordert die Kollegen auf, mit ganzer Kraft und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Aufrichtung der einheitlichen proletarischen Klassenfront, zum Kampf gegen Faschismus, Kapitalismus und Schleicher-Regierung zu wirken.“

Dieser Antrag wurde gegen 3 „eiserne“ Stimmen angenommen. Weiter ein Schreiben an das Ministerium weiterzuleiten: „Die Mitglieder des DMV, Eibenstock protestieren aus schärfster gegen das Todesurteil des Chemnitzer Arbeiters Baril, und fordern Aufhebung des Todesurteils sowie der Sondergerichte“, einstimmig angenommen.

Auf Grund der Ausführungen und der eingebrachten Anträge verdächtigte nun Kollege Auerswald den Koll. Dörfel, ob er nicht auch gleichzeitig Mitglied der RGO sei und Leser vom Roten Pionier. Koll. Dörfel wies diese Verdächtigung zurück und sagte ihm, daß für ihn als SAP-Mann die RGO nicht in Frage komme, sondern er Gegner derselben ist, auch nicht Leser vom Pionier, sondern Leser der SAZ.

Als Vertreter für das Jahr 1933 wurde Koll. Max Benkert (SAP) und als Stellvertreter Ernst Baumann (SAP) wieder-

Ausschüssen v. wiesen, wo sie in der Versenkung versch. ten. Als letztes ein Zusatzantrag des räumführers Meier-Holte, eine wirkliche Steuererleichterung zu beschließen, bald angenommen worden wäre, sprang ein Nazibeamteter auf, um den Antrag mit den Worten zu sabotieren, daß der Antrag die Naziregierung in die größten Schwierigkeiten bringe — es könne ja mit dem gleichen Recht jede Gruppe diese Erleichterungen beantragen. Die Diäten wurden aber von dieser arbeitsamen Mehrheit anstatt erniedrigt noch erhöht, ohne daß auch nur einer dieser Bauernvertreter dagegen protestierte.

Unser Raum reicht nicht aus, um all die ministeriellen Heldentaten der Röver-Regierung festzuhalten. Kein Wunder, daß diese Regierungsgewalt bei der Bevölkerung nur auf Bedauern stößt — sogar die SA macht sich schon über ihr „Karlchen“ lustig. — Daß sich ein so jämmerliches Gebilde so lange halten konnte, ist die Schuld der beiden großen Arbeiterparteien. Die wirklich kampfgewillten Arbeiter müssen neben dem Versagen dieser Regierung auch das Versagen der Arbeiterklasse erkennen und die Schlußfolgerungen ziehen, um dieser Regierung baldigst den Laufpaß geben zu können.

Verteuerung der Margarine

So nichtssagend und verschwommen die Ankündigungen Schleichers über die „sozialen Hilfsmaßnahmen“ sind, so positiv und deutlich ist der Herr General, wenn es für die Interessen der Junker und gegen die der Arbeiterklasse geht. Für die Arbeiter gibt es nicht nur Zuchthaus, Versammlungs- und Presseverbot, sondern auch Verteuerung ihres wichtigsten Nahrungsmittels, der Margarine. Weil sich die Proletarier keine Butter kaufen können, sind sie immer mehr zum Verbrauch des Buttersurrogats, der Margarine, übergegangen. Der Margarineverbrauch hat sich im Laufe der letzten Jahre um das Fünffache gesteigert. Deshalb ist eine alte Forderung der Großagrarier, die Margarine durch hohe Steuern zu verteuern. Auch die Nazis haben überall derartige Anträge gestellt.

Schleicher will nun die „unpopuläre“ Margarinesteuer nicht einführen, aber trotzdem den Junkern zur Erreichung ihres Zieles verhelfen. Deshalb wird jetzt von der Regierung angekündigt, daß für die Fabrikation von Margarine ein Butters- und Fett-Bemischungszwang eingeführt wird. Jeder Prolet könnte sich wirklich freuen, wenn dadurch seine Margarine verbessert würde, aber — und das ist der Zweck der Uebung — sie wird ihm damit auch gleichzeitig auf das Empfindlichste verteuert. Das Endergebnis dieser Prozedur wird daher sein, daß sowohl die Preise für Butter, wie für Margarine steigen, aber daß die Aermsten der Armen sich nicht einmal mehr Margarine kaufen können. Das Ganze nennt sich dann „höchst sozial“.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; inserate Herbert Scholz Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau. Lohndruck Th. Schatzky A.G., Breslau. Neue Graupenstraße 7. Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3. Treppe. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6. Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr 102 92. Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3. 1 Treppe. Telefon 206 02. Inseratpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes. Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.